

**H A S S**

**U N D**

**H E T Z E**

**I M N E T Z**

**ERKENNEN**

**POSITIONIEREN**

**HANDELN**

*Kreis Groß-Gerau im Fokus*

# Hass und Hetze im Netz

## Erkennen

## Positionieren

## Handeln



### Impressum:

Herausgeber und ViSdP: Kreisausschuss des Kreis Groß-Gerau, Wilhelm-Seipp-Straße 4, 64521 Groß-Gerau

Stand der Recherchen: August 2019

Recherche und Redaktion: Pit Reinesch, Fabian Jellonnek | achtsegel.org

Layout und Gestaltung: achtsegel.org

Bildnachweise: Seite 4: Kreisausschuss des Kreises Groß-Gerau; Seite 11 (Illustration): achtsegel.org; Seite 12-13 (Screenshots): Facebook; Seite 15 (Screenshots): Twitter, Facebook; Seite 16-17 (Screenshots): Twitter, Facebook; Seite 19 (Screenshot): Discordapp; Seite 21 (Screenshots): Facebook; Seite 23: Margit-Horváth-Stiftung; Seite 25 (Illustration): achtsegel.org; Seite 29 (Screenshot): zentrum-automobil.de; Seite 31: privat; Seite 33 (Illustration): achtsegel.org; Seite 34-35 (Illustration): achtsegel.org; Seite 36: achtsegel.org; Seite 38: achtsegel.org; Seite 39 (Screenshot): Facebook; Seite 40-41: achtsegel.org; Seite 42-44 (Illustration): achtsegel.org.

### Copyright :

Kreisausschuss des Kreises Groß-Gerau

Steuerung/ Büro für Integration

Fachstelle gegen Rechtsextremismus und Rassismus

Nachdruck, auch in Teilen, nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Kreis Groß-Gerau



**Landrat Thomas Will**  
Foto: Kreisausschuss des Kreises Groß-Gerau

### Grußwort

Liebe Leser\*innen,

**“Worte können sein wie winzige Arsendosen: sie werden unbewusst verschluckt, sie scheinen keine Wirkung zu tun, und nach einiger Zeit ist die Giftwirkung doch da.“**

Das hat der Romanist Viktor Klemperer in seinem Werk „LTI. Die Sprache des Dritten Reichs“ geschrieben. Worte können wirken wie ein schleichendes Gift. Dass wir mit Sprache Gewalt nicht nur beschreiben oder ankündigen, dass Sprache selbst verletzen kann, ist kein neues Phänomen. Plumpe Beleidigungen, Taktlosigkeiten, sarkastischer Spott können allerdings in unseren vernetzten digitalen Welten eine ungleich größere Wucht entfalten. Wer in Reden oder Tweets andere Menschen aus welchen Gründen auch immer erniedrigt oder abwertet, verletzt ihre Würde. Und damit zugleich den Grundkonsens in unserer Gesellschaft.

Wir beobachten, dass Sprache in den sozialen Medien aggressiver und hemmungsloser geworden ist. Wenn sich Menschen früher drei Tage überlegt haben einen Lesebrief zu verfassen und eine Meinung zu einem Thema zu äußern, so wird heute keine drei Minuten mehr darüber nachgedacht, wie und was in den sozialen Netzwerken kommentiert oder geteilt wird. Diese Schnellebigkeit verleitet zu pauschalen Wertungen. Während einige dieses Medium ganz bewusst für die rasche Ver-

breitung rassistischer und fremdenfeindlicher Positionen nutzen, gehen viele der menschenfeindlichen Propaganda auch deshalb auf den Leim, weil sie die Absicht nicht durchschauen.

Wir möchten mit dieser Dokumentation zeigen, wie Hass und Hetze im Netz ausgelöst werden und mit welchen Strategien rechtsextreme und rassistische Zusammenschlüsse, aber auch scheinbar demokratische Institutionen zur Erreichung ihrer Ziele und Interessen Posts oder Nachrichten manipulieren. Wir möchten dazu ermutigen, sowohl offline als auch online in sozialen Medien genauer hinzuschauen. Nur wer Hass und Hetze im Netz erkennt und sich dagegen positioniert, kann letzten Endes auch entsprechend handeln. Deshalb hat der Kreis Groß-Gerau die Dokumentation in Auftrag gegeben. Ich möchte mich vor allem bei den Autoren Fabian Jellonnek und Pit Reinesch von „achtsegel.org“ sowie beim Büro für Integration und der dort angesiedelten Fachstelle gegen Rechtsextremismus und Rassismus für die Arbeit sehr herzlich bedanken.

Ihr Thomas Will  
(Landrat)

### Editorial

Lieber Leser\*innen,

Hass im Netz fordert unsere demokratische Gesellschaft heraus. Zu Recht wird über die Problematik intensiv diskutiert. Die vor Ihnen liegende Dokumentation soll einen Beitrag zur Debatte leisten. Erstens, indem sie das Phänomen im Kreis Groß-Gerau in den Blick nimmt und analysiert, wie und in welcher Form Hass und Hetze im Netz auftreten. Denn Hinschauen und Erkennen sind die ersten grundlegenden Schritte, um ein Problem anzugehen. Zweitens gibt Ihnen diese Dokumentation auf den farbig unterlegten Seiten erste Tipps und Hinweise, wie Sie sich gegen Hass und Hetze engagieren können. Die Chronik extrem rechter Vorfälle im Kreis im ersten Kapitel zeigt: Hass bleibt auf Dauer nicht virtuell, sondern kann reale Konsequenzen in unserem Alltag und Umfeld haben.

Wir wünschen eine erhellende Lektüre.

Pit Reinesch, Fabian Jellonnek  
(Redaktion)

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Vorfälle gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Groß-Gerau</b>	
1.1. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit	6
1.2. Chronik: Rechtsextreme Gewalt, Straftaten und Vorfälle im Kreis	8
1.3. Was tun bei einem rechten Angriff?	10
<b>2. Rechte Propaganda im Netz</b>	
2.1. Hatespeech und Hasskommentare	12
2.2. Nachrichten oder Stimmungsmache?	14
2.3. Hetze im Netz: Rechte Parallelwelten auf Facebook	16
2.4. Geschichtsrevisionismus: Verherrlichen und Verdrängen	20
2.5. Interview „Es geht darum, aus dem Verbrechen zu lernen“	22
2.6. Was tun gegen Hass und Hetze im Netz?	24
<b>3. Rechte Gruppierungen und Parteien</b>	
3.1. Alternative für Deutschland: Entstehungsgeschichte, in Hessen und im Kreis Groß-Gerau	26
3.2. Rechte Propaganda in Betrieben: Zentrum Automobil	28
3.3. Interview „Es droht die Spaltung der Belegschaft“	30
3.4. Der III. Weg: Entstehungsgeschichte, in der Region und Propagandastrategien	32
3.5. Weitere extrem rechte Gruppen in der Region und in Hessen	36
3.6. Rechtsextremismus erkennen, Menschenfeindlichkeit widersprechen	40
3.7. Das hilft gegen Rechtsextremismus	42

# I.I. GRUPPENBEZOGENE MENSCHENFEINDLICHKEIT

Mit dem Begriff „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ werden eine Reihe von Einstellungen (Elemente) bezeichnet, deren gemeinsamer Kern die Überzeugung ist, dass verschiedene Gruppen von Menschen ungleichwertig seien.

Forscher der Uni Bielefeld, die den Begriff entwickelt haben, beschreiben Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit als ein Syndrom, da sie festgestellt haben, dass es bei Personen, die einem der Elemente zustimmen auch wahrscheinlicher ist, dass sie den anderen Elementen ebenfalls zustimmen. In einer Langzeitstudie von 2002-2011 entwickelte das Bielefelder Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG), unter der Leitung von Professor Wilhelm Heitmeyer, das Konzept Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und untersuchte dessen Verbreitung in Deutschland. Die Ergebnisse wurden in jährlichen Berichten unter dem Titel „Deutsche Zustände“ veröffentlicht. Nachfolgeprojekte veröffentlichen auch weiterhin aktuelle Zahlen und Untersuchungen zum Thema. Die aktuellsten Zahlen wurden 2019 unter dem Titel „Verlorene Mitte – feindselige Zustände?“ veröffentlicht (Küpper/Krause/Zick 2019).

**Das Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit besteht aus zwölf Elementen:**

**Rassismus:** Abwertung von Menschen aufgrund ihres Aussehens, ihrer kultureller Eigenarten oder ihrer ethnischen, nationalen oder religiösen Zugehörigkeit. In der Studie wird der klassische biologistische Rassismus erfragt, d.h. die Konstruktion der Überlegenheit der Eigengruppe gegenüber Fremdgruppen aufgrund angenommener biologischer Unterschiede.

**Fremdenfeindlichkeit:** Abwertung von Menschen aufgrund ihrer (zugeschriebenen) Herkunft. In der Studie werden dabei sowohl kulturelle als auch wirtschaftliche Motive erfragt.

**Antisemitismus:** Abwertung von Menschen aufgrund ihres jüdischen Glaubens. In der

Studie werden auch häufige Stereotype und Verschwörungsglaube erfragt.

**Homofeindlichkeit:** Abwertung von Menschen aufgrund ihrer Homosexualität. Dazu gehört auch die Ablehnung der rechtlichen Gleichstellung von homosexuellen Paaren.

**Abwertung von Obdachlosen:** Abwertung von Menschen aufgrund ihrer sozialen Lage als Wohnungslose.

**Ableismus:** Abwertung von Menschen aufgrund von körperlichen und geistigen Behinderungen. Dazu gehört auch die Unterstellung behinderte Menschen würden zu viel Unterstützung genießen.

**Islamfeindlichkeit:** Abwertung von Menschen aufgrund ihres islamischen Glaubens. Diese drückt sich meist auch durch Feindlichkeit gegenüber islamischen religiösen Symbolen oder Praktiken aus.

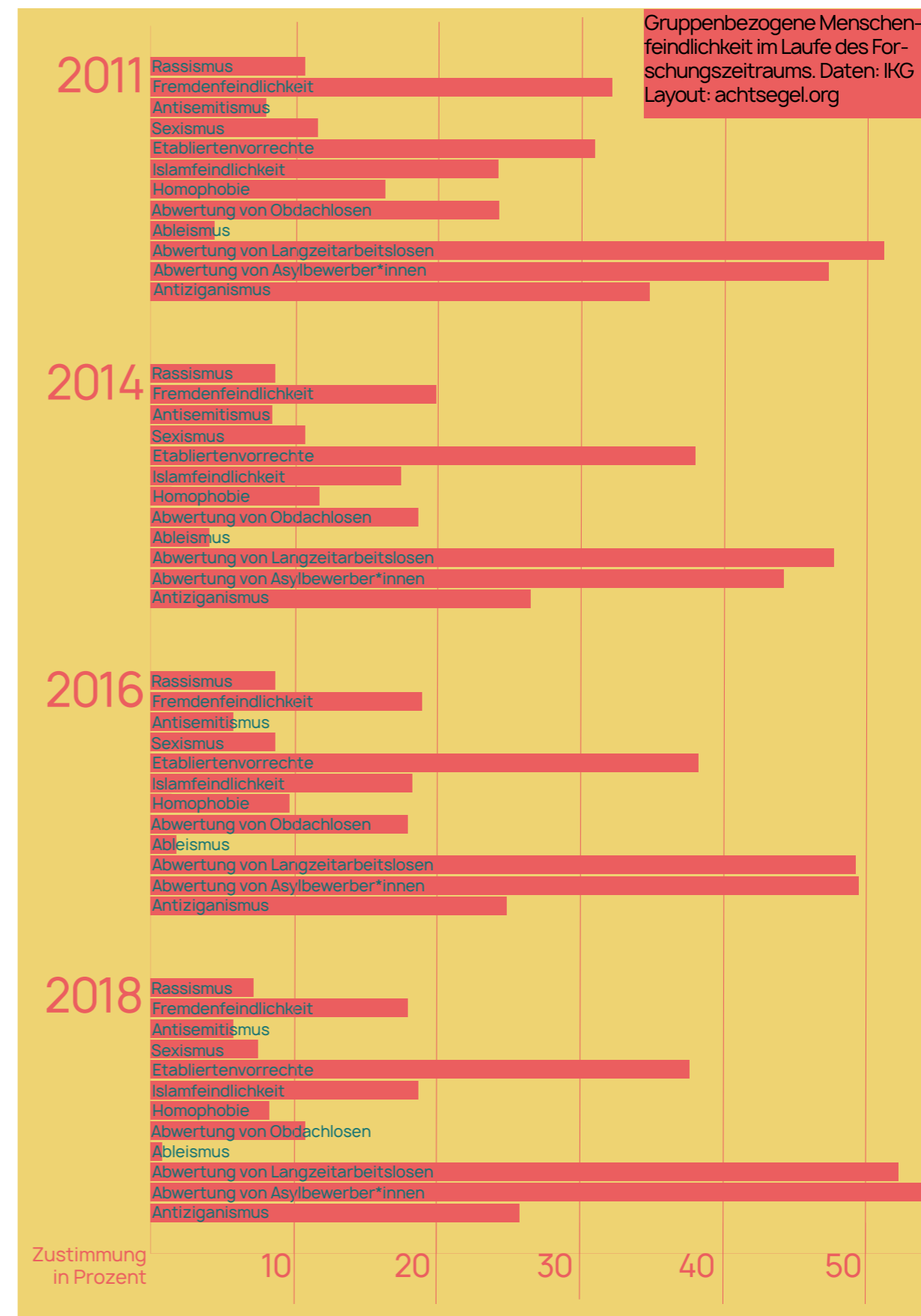
**Sexismus:** Betonung der Unterschiede zwischen Geschlechtern und der angeblichen Überlegenheit von Männern. In der Studie werden dabei auch Einstellungen wie die Leugnung von Chancenungleichheit und die Befürwortung klassischer Rollenbilder erfragt.

**Etabliertenvorrechte:** Auffassung von Alteingesessenen, dass sie Vorrechte gegenüber neu hinzugezogenen Menschen (gleich welcher Herkunft) genießen würden.

**Abwertung von Langzeitarbeitslosen:** Abwertung von Menschen aufgrund ihrer sozialen Lage als Arbeitslose. Hier spielt der Aspekt des Sozialdarwinismus eine Rolle indem Langzeitarbeitslosen eine mangelnde gesellschaftliche Nützlichkeit unterstellt wird.

**Abwertung von Asylbewerber\*innen:** Abwertung von asylsuchenden Menschen. Dies beinhaltet die Absprache von legitimen Gründen und Motiven von Geflüchteten.

**Antiziganismus:** Abwertung von Angehörigen der Sinti und Roma. Dazu gehört die Stigmatisierung und gesellschaftliche Ausgrenzung aufgrund von zugeschriebenen Merkmalen.



# 1.2. CHRONIK: RECHTSEXTREME GEWALT, STRAFTATEN UND VORFÄLLE IM KREIS

**27.08.2013**

**NPD will demonstrieren - und sagt doch ab**  
Eigentlich hatte die NPD für den Tag eine Kundgebung in Rüsselsheim angemeldet. Rund 400 Menschen versammelten sich, um dagegen zu protestieren. Die NPD sagte kurzerhand ihren Auftritt ab. (belltowernews 2013)

**28.12.2013**

**Polizei nimmt neun Personen nach unerlaubter Plakataktion vorläufig fest**  
Die Polizei Groß-Gerau nimmt neun Personen vorläufig fest, die an Bahnhöfen unerlaubt plakatieren. Bei den Personen handelt es sich um Angehörige des rechtsextremen Spektrums. (Polizeipräsidium Südhessen 2013)

**06.07.2014**

**Bahnkontrolleur wird rassistisch beleidigt und attackiert**  
Beamte der Polizeistation Kelsterbach nahmen einen 30 Jahre alten Mann am Bahnhof fest. Der Festnahme ging eine körperliche Auseinandersetzung in der S-Bahn der Linie 9 voraus. Nach Zeugenaussagen soll der Kelsterbacher den Mitarbeiter der DB Sicherheit rassistisch beleidigt haben. (Polizeipräsidium Südhessen 2014)

**April 2015**

**Autonome Nationalisten und III.Weg verteilen Flugblätter**  
Groß-Gerau + Rüsselsheim: Mitglieder der „Autonomen Nationalisten Groß-Gerau“ verteilen gemeinsam mit Mitgliedern der Partei „Der III. Weg“ Flugblätter, auf denen zur Nazi-Demonstration am 1. Mai in Saalfeld aufgerufen wird. (Antifaschistische Aktion Südhessen 2016)

**16.05.2015**

**Holocaust-Leugner und Ex-NPD-Vorsitzender hält Vortrag in Groß-Gerau**  
Rede-Veranstaltung mit Günther Deckert, dem ehemaligen Bundesvorsitzenden der NPD. (Antifaschistische Aktion Südhessen 2016)

**24.06.2015**

**Körperverletzung in Raunheim**  
In Raunheim kam es zu einer Körperverletzung. Die Straftat wird in einer Auffistung des Bundestags als politisch motiviert rechts geführt. (Deutscher Bundestag 2017)

**28.07.2015**

**Feuer vor Flüchtlingsheim in Büttelborn**  
Der Brand eines Carports neben einer Unterkunft für Flüchtlinge in Büttelborn-Worfelden verursacht tausende Euro Schaden. Verletzt wurde niemand. Die Ermittlungen ergeben keine Hinweise auf Brandbeschleuniger. Dennoch schließt die Polizei eine vorsätzliche Brandstiftung nicht aus. (Etzelsberger 2015)

**10.02.2016**

**Mann aus Ginsheim-Gustavsburg wegen Volksverhetzung verurteilt**  
Das Amtsgericht Groß-Gerau hat einen 41-Jährigen wegen Volksverhetzung und unerlaubten Munitionsbesitzes zu einer Geldstrafe verurteilt. Im Dezember 2013 hatte der Angeklagte auf seiner Facebook-Seite unter anderem die Wiederinbetriebnahme von Konzentrationslagern gefordert. (Herrmann 2016)

**18.04.2016**

**„Antikapitalistisches Kollektiv Hessen“ verteilt Flyer**  
Das neu gegründete sogenannte „Antikapitalistische Kollektiv Hessen“ (AKK) verteilt Flyer in etlichen Städten in Südhessen und explizit im Kreis Groß-Gerau. Es findet unter anderem ein Infotisch statt. Geworben wird für die Nazi-demonstration am 1. Mai in Plauen. (Antifaschistische Aktion Südhessen 2016)

**28.03.2017**

**Reichsbürger\*innen in Groß-Gerau**  
Auf Zeitungsanfrage gibt die Kreisverwaltung bekannt, dass im Kreis zum Zeitpunkt elf Reichsbürger\*innen bekannt seien. In Rüsselsheim soll es Treffen der Reichsbürger\*innen-Gruppierung „Exilregierung Deutsches Reich“ gegeben haben. (Erlenbach 2017)

**06.05.2017**

**Neonazis verteilen Flyer und Aufkleber mit rechtem Gedankengut**  
Rechtsextreme verteilen Flyer und Aufkleber in Groß-Gerau. Laut Cornelia Benz, Stadtsprecherin Groß-Gerau, sind die Aufkleber vermehrt ab dem 23. April aufgetaucht. Dabei handele es sich unter anderem um Material des AKK. Mehr dazu in Kapitel 3.5. (Hoffmann 2017)

**25.11.2017**

**Opel-Betriebsrat zeigt sich bei rechter Veranstaltung**  
Ein Mitglied des Opel-Betriebsrats tritt bei einer Veranstaltung des rechten Compact Magazins auf. Später tritt er der rechten Gewerkschaft „Zentrum Automobil“ bei. Mehr dazu in Kapitel 3.2. (Hessenschau 2018)

**20.01.2018**

**Symposium der rechten „Demo für alle“ in Kelsterbach**  
In Kelsterbach findet eine Konferenz der rechten „Demo für alle“ statt. Die Organisation fällt vor allem durch antifeministische und homosexuellen-feindliche Positionen auf. Gegen die Konferenz formiert sich ein Gegenprotest. (Voigts 2018)

**05.02.2018**

**Unbekannte schänden KZ-Gedenkstätte**  
Unbekannte haben in Mörfelden-Walldorf mehrere Glasscheiben des „Margit-Horváth-Zentrums“ zerstört. Bei dem Zentrum handelt es sich um einen Glasbau, der sich in einem abgelegenen Waldstück befindet und über den freigelegten Mauerresten eines früheren Küchengebäudes der KZ-Außenstelle Walldorf errichtet wurde. (Joachim 2018)

**11.06.2018**

**Infotafel an „Margit-Horvath-Zentrum“ durch Feuer zerstört**  
Ein Zeuge beobachtet, dass eine Infotafel des um die Gedenkstätte des ehemaligen KZ-Außenlagers Walldorf führenden Lehrpfads der Margit-Horvath-Stiftung durch ein Feuer zerstört wurde. An der Gedenkstätte selber wurden keine Beschädigungen festgestellt. Die Polizei geht nach derzeitigem Ermittlungsstand von einer vorsätzlichen Brandlegung aus und ermittelt nun wegen Sachbeschädigung. (Polizeipräsidium Südhessen 2018a)

**12.06.2018**

**Einbruch in Anne-Frank-Schule**  
Bei einem Einbruch in die Anne-Frank-Schule in Raunheim werden verfassungsfeindliche Symbole hinterlassen. Die Schulleiterin befürchtet, dass diese in einem Zusammenhang mit der Auszeichnung „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ stehen könne. (Echo Online 2018)

**23./24.06.2018**

**Schmierereien an der Martin-Buber-Schule mit rechten Parolen**  
An eine Hütte auf dem Schulhof der Martin-Buber-Schule in Groß-Gerau, sprühten Unbekannte mit schwarzer Farbe eine rechte Parole. (Polizeipräsidium Südhessen 2018b)

**17.07.2018**

**Hitlergruß und Naziparolen in Darmstädter Innenstadt**  
In der Darmstädter Schleiermacherstraße pöbelten laut Zeugenaussagen zwei 19 und 24 Jahre alte Männer gegen 21 Uhr einen dunkelhäutigen Mann an. Anschließend sollen sie den Hitlergruß gezeigt und Naziparolen gerufen haben. Die Polizei nahm die beiden Männer kurz darauf im Herrngarten fest, sie stammen aus Groß-Gerau und Darmstadt. (Frankfurter Rundschau 2018)

**14.09.2018**

**Naziparolen & Hitlergruß: Polizei nimmt vier Männer vorläufig fest**  
Beamte der Polizeistation Groß-Gerau haben in Büttelborn vier Männer vorläufig festgenommen. Sie riefen Naziparolen und zeigten den Hitlergruß (Polizeipräsidium Südhessen 2018c)

**29.10.2018**

**Alexandra Walter veröffentlichte geschichtsrevisionistische Aussagen**  
Am 29. Oktober wurde bekannt, dass die damals für die AfD in den hessischen Landtag gewählte Alexandra Walter aus Rüsselsheim auf ihrem Facebook-Account geschichtsrevisionistische Thesen veröffentlichte. Zudem bezeichnete sie einen ehemalige SS-Offizier als „tollen Menschen“. Mehr dazu in Kapitel 2.4. (achtsegel 2018)

**27.11.2018**

**Rechte Aufkleber an Schule**  
Am 27. November 2018 wurden rechte Aufkleber an der Immanuel-Kant-Schule in Rüsselsheim gefunden.

**29.11.2018**

**Graffiti türkischer Faschisten**  
Am 29. November wurden mehrere Sprühereien türkischer Faschisten in Rüsselsheim gefunden.

**13./14.02.2019**

**III. Weg verteilt Flugblätter in Raunheim und Bischhofsheim**  
In Raunheim und Bischhofsheim werden Flyer der rechtsextremen Kleinstpartei „Der III. Weg“ verteilt. (Der III. Weg 2019a)

**03.03.2019**

**III. Weg verteilt Flugblätter in Biebesheim und Raunheim**  
In Biebesheim und Raunheim verteilt der rechtsextreme III.Weg Flyer. (Der III. Weg 2019b)

**02.04.2019**

**III. Weg verteilt Flugblätter in Gustavsburg**  
In Gustavsburg verteilt der rechtsextreme III. Weg Flyer. (Der III. Weg 2019c)

# 1.3. Was tun bei einem rechten Angriff?

## Wenn Sie selbst betroffen sind:

**Versuchen Sie der Situation zu entkommen:** Ihre Sicherheit hat oberste Priorität. Sie können im Moment eines Angriffs, auch wenn dieser zunächst „nur“ verbal erfolgt, nicht einschätzen, wie die Situation ausgeht. Sie können die Motive der Täter\*innen allenfalls erahnen und wissen nicht, wie weit die Angreifenden gehen werden. Daher ist es ratsam, sich möglichst schnell in Sicherheit zu bringen: Versuchen Sie sich in eine Position zu bringen, die Fluchtwege ermöglicht und nutzen Sie diese umgehend.

### Aufmerksamkeit erregen:

Je mehr Zeug\*innen den Vorfall beobachten, desto wahrscheinlicher werden die Täter\*innen von Ihnen ablassen. Außerdem können Zeug\*innen wichtige Beiträge zur späteren Aufklärung des Tathergangs leisten. Seien Sie deshalb laut, wenn Sie angegriffen werden. Sprechen Sie umstehende Personen möglichst direkt an und versuchen Sie lautstark mitzuteilen, was Ihnen gerade passiert.

### Polizei verständigen:

Wenn Sie die Möglichkeit haben, verständigen Sie die Polizei. Auch wenn Sie bislang schlechte Erfahrungen mit der Polizei gemacht haben sollten, ist die Verständigung der Polizei das wirksamste Mittel, um eine Gewalteskalation zu verhindern.

### Vorsicht mit Anfertigung von Bild- und Filmaufnahmen:

Fast jede\*r hat heutzutage ein Smartphone griffbereit, mit dem Foto- und Videoaufnahmen gemacht werden können. Die Versuchung ist groß, bei rassistischen oder rechten Angriffen die Situation zu dokumentieren und insbesondere die Täter\*innen abzufilmen. Dies kann jedoch gefährlich sein: Erstens lenkt der Fokus auf die Anfertigung von Filmaufnahmen Sie von wichtigeren Maßnahmen ab, beispielsweise den Überblick zu behalten und sich Fluchtwege offenzuhalten. Zweitens können sich Täter\*innen durch die Aufnahmen enorm bedroht fühlen und eine Eskalation herbeiführen, die sie ursprünglich nicht beabsichtigt hatten. Oft sind solche unter dem Stress einer akuten Bedrohung aufgenom-

men Videos übrigens keine besonders guten Beweise für den Ablauf einer Tat. Zeug\*innen, die Sie auf sich aufmerksam machen können und das möglichst genaue Einprägen von Tathergang und Details helfen oft mehr als verwackelte Videos.

### Gedächtnisprotokoll schreiben:

Zwischen einem rechten Übergriff und der juristischen Aufarbeitung des Falls können mehrere Monate liegen. Oft gehen in dieser Zeit Erinnerungen verloren oder sie werden, beispielsweise durch Gespräche, die man mit Dritten über die Situation geführt hat, verfremdet. Versuchen Sie daher zeitnah ein Gedächtnisprotokoll zu schreiben. Dieses sollte möglichst genau sein. Schreiben Sie auch Erinnerungen auf, die für die eigentliche Tat nicht relevant sind (beispielsweise die Farbe eines Autos, das während der Tat vorbeifuhr). Ebenso sollten Sie aufschreiben, wie Sie sich während der Tat gefühlt haben.

### Verletzungen und Schäden dokumentieren:

Wenn im Zusammenhang mit der Tat Gewalt gegen Sie ausgeübt wurde, suchen Sie möglichst zeitnah eine\*n Arzt\*Ärztin auf. Erzählen Sie dort, was Ihnen passiert ist und lassen Sie alle Verletzungen, aber auch Symptome wie Kopfschmerzen attestieren. Wenn Gegenstände, die Ihnen gehören, bei dem Angriff beschädigt wurden, beispielsweise eine Brille, dann dokumentieren Sie möglichst zeitnah die Schäden für spätere Schadensersatzansprüche. (Back-Up NRW 2019)

### Suchen Sie die Opferberatungsstellen auf:

In Hessen unterstützt die Beratungsstelle „response“ Menschen, die von rechtsextremem, rassistischem, antisemitischem, antimuslimischem oder antiziganistischem Gewalt betroffen sind. Die Beratung ist kostenfrei und kann auf Wunsch anonym erfolgen. Die Beratungsstelle hilft Ihnen dabei, mit den psychischen Folgen des Vorfalls umzugehen, unterstützt Sie bei der juristischen Aufarbeitung und kann Sie auch beim Umgang mit Behörden wie Polizei und Staatsanwaltschaft beraten. Die Kontaktadresse zur Beratungsstelle finden Sie am Ende der Dokumentation.



## Wenn Sie Zeug\*in eines Vorfalls werden:

### Unterstützen Sie die Betroffenen:

Positionieren Sie sich laut und deutlich auf der Seite der Betroffenen. Machen Sie den Täter\*innen klar, dass das Opfer nicht alleine ist.

### Sprechen Sie mit den Betroffenen:

Reden Sie mit dem Opfer. Gehen Sie nicht auf Verlautbarungen der Täter\*innen ein. Erkundigen Sie sich nach dem Namen des Opfers und versuchen Sie eigene Schritte (beispielsweise Informieren der Polizei) mit dem Opfer abzustimmen. Ermutigen Sie im Nachgang der Tat das Opfer, eine\*n Arzt\*Ärztin aufzusuchen. Erkundigen Sie sich nach dem Wohlergehen des Opfers und fragen Sie, ob Eigentum des Opfers beschädigt wurde.

### Beobachten Sie genau und schreiben Sie ein Gedächtnisprotokoll:

Versuchen Sie sich alles, auch scheinbar nebensächliche Details einzuprägen und schreiben Sie möglichst zeitnah ein Gedächtnisprotokoll, damit Erinnerungen nicht verloren gehen. Merken Sie sich insbesondere auch verbale Äußerungen der Täter\*innen, die darauf hinweisen, dass die Tat rassistisch, antisemitisch oder antiziganistisch motiviert ist.

### Stellen Sie sich als Zeug\*in zur Verfügung:

Teilen Sie dem Opfer mit, dass Sie den Vorfall beobachtet haben und bezeugen können. Falls die Polizei zum Ort des Geschehens

kommt, teilen Sie den Polizist\*innen ebenfalls mit, dass Sie den Vorfall beobachtet haben.

### Bleiben Sie beim Opfer:

Wenn der Vorfall vorüber ist und Sie der\*die einzige Zeug\*in sind, nehmen Sie nicht die Verfolgung der Täter\*innen auf. Sie begeben sich in Gefahr. Zudem ist die Unterstützung der Opfer in diesem Moment wichtiger.

### Melden Sie den Vorfall zivilgesellschaftlichen Stellen:

Nicht jeder Vorfall findet Eingang in die Kriminalstatistik, zudem werden viele Vorfälle nicht als politisch motivierte Kriminalität erfasst. Zivilgesellschaftliche Beratungsstellen, beispielsweise „response“ dokumentieren Fälle, in denen Menschen von rassistischer Gewalt betroffen sind. Melden Sie dort entsprechende Vorfälle, die Sie beobachtet haben.

Vorfälle, die im Kreis Groß-Gerau stattgefunden haben, können ebenfalls beim Vorfallmeldedes „Netzwerks gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ gemeldet werden:

<https://www.kreisgg.de/migration/netzwerk-gegen-rechtsextremismus-und-rassismus/vorfall-melden/>

# 2.1. HATESPEECH UND HASSKOMMENTARE



Sawsan Chebli  
Stellvertretende Sprecherin  
Auswärtiges Amt

Horst Zickler Der Islam hat da schon Recht. Wenn solche hirnlosen Geschöpfe was zu sagen haben, ist es meist zum Nachteil. Aller Islamisches Recht ist hier zu begrüssen, weil Frau besser in Begleitung eines Mannes sein sollte, der auch fuer sie spricht, sonst kommt halt solches Sozengeschwaez raus.

Gefällt mir · 2 J · Bearbeitet

(Quelle: Facebook)

Besonders oft betroffen von Hasskommentaren sind Menschen, die marginalisierten Gruppen angehören. Die Politikerin Sawsan Chebli wird häufig attackiert, weil sie Muslima ist, weil sie eine Frau ist und weil sie erfolgreich ist.



Horst Schneider · PRO MARINE LE  
PEN deutsche Unterstützer  
Abonnieren · 18. Mai 2017

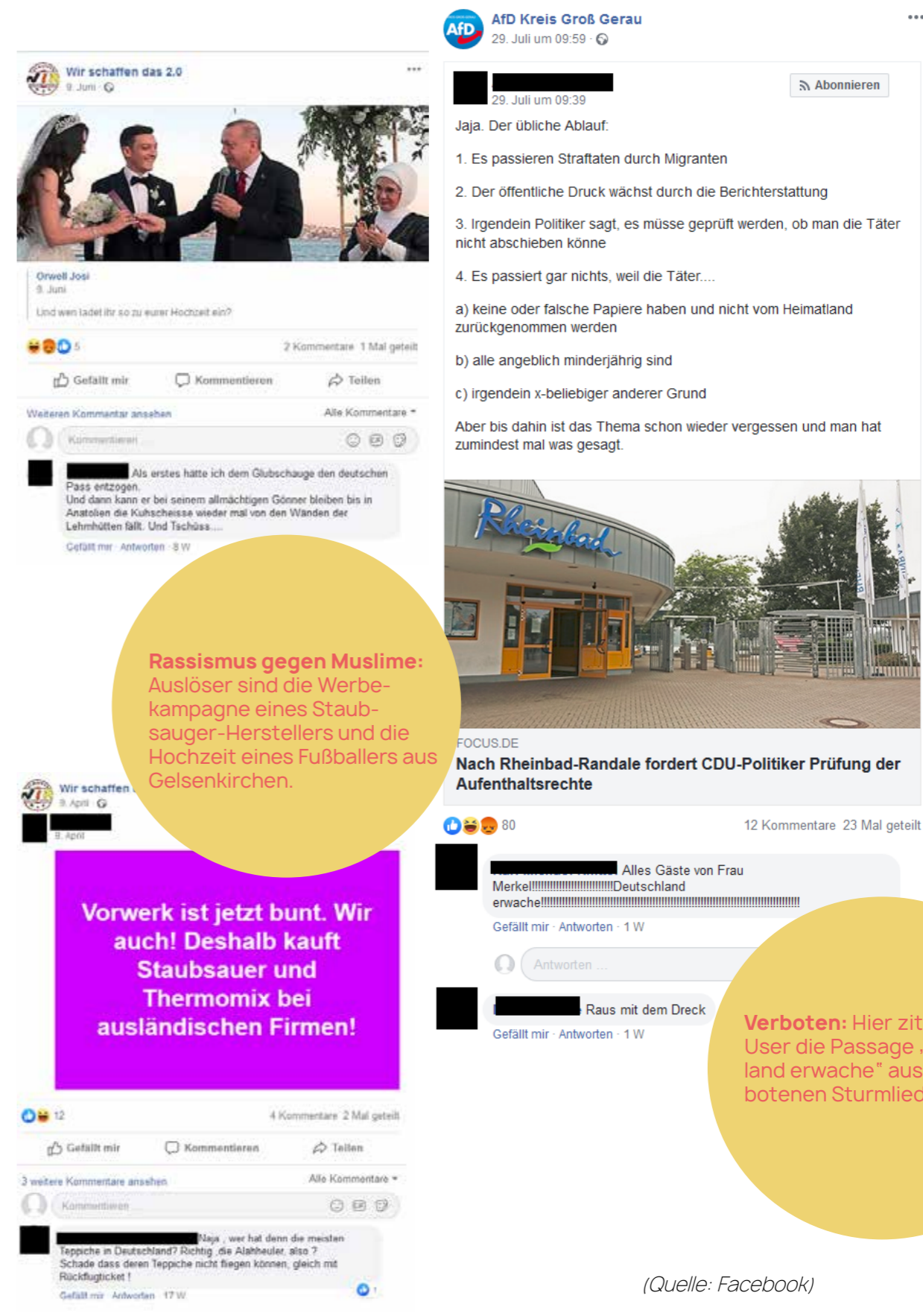
Macron ist ein typischer Bunt-Heuchler!  
"Vielfalt" schreien - aber sein gesamtes Wahlkampf-Team besteht nur aus weißen Bio-Franzosen!

Horst Zickler Sponsored by Rothschild.

Gefällt mir · Übersetzung anzeigen · 1 J

Antisemitismus äußert sich im Netz häufig in Verschwörungstheorien.

(Quelle: Facebook)



AfD Kreis Groß Gerau  
29. Juli um 09:59

Jaja. Der übliche Ablauf.

1. Es passieren Straftaten durch Migranten
2. Der öffentliche Druck wächst durch die Berichterstattung
3. Irgendein Politiker sagt, es müsse geprüft werden, ob man die Täter nicht abschieben könne
4. Es passiert gar nichts, weil die Täter...

a) keine oder falsche Papiere haben und nicht vom Heimatland zurückgenommen werden  
b) alle angeblich minderjährig sind  
c) irgendein x-beliebiger anderer Grund

Aber bis dahin ist das Thema schon wieder vergessen und man hat zumindest mal was gesagt.



Wir schaffen das 2.0  
9. Juni

Orwell Josi  
9. Juni  
Und wen ladet ihr so zu eurer Hochzeit ein?

5  
2 Kommentare 1 Mal geteilt

Gefällt mir · Kommentieren · Teilen

Weitere Kommentare ansehen · Alle Kommentare

Kommentieren

Als erstes hätte ich dem Glubschaue den deutschen Pass entzogen. Und dann kann er bei seinem allmächtigen Gönner bleiben bis in Anstalten die Kuhsscheisse wieder mal von den Wänden der Lehmhütten fällt. Und Tschüss...

Gefällt mir · Antworten · 3 W

Rassismus gegen Muslime: Auslöser sind die Werbekampagne eines Staubsauger-Herstellers und die Hochzeit eines Fußballers aus Gelsenkirchen.

Wir schaffen das 2.0  
9. April

80  
12 Kommentare 23 Mal geteilt

Alles Gäste von Frau Merkel!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!Deutschland erwache!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

Gefällt mir · Antworten · 1 W

Antworten ...

Raus mit dem Dreck

Gefällt mir · Antworten · 1 W

12  
4 Kommentare 2 Mal geteilt

Gefällt mir · Kommentieren · Teilen

3 weitere Kommentare ansehen · Alle Kommentare

Kommentieren

Naja, wer hat denn die meisten Teppiche in Deutschland? Richtig, die Alahhauler, also? Schade dass deren Teppiche nicht fliegen können, gleich mit Rückflugticket!

Gefällt mir · Antworten · 17 W



FOCUS.DE  
Nach Rheinbad-Randale fordert CDU-Politiker Prüfung der Aufenthaltsrechte

Verboten: Hier zitiert ein User die Passage „Deutschland erwache“ aus dem verbotenen Sturmlied.

(Quelle: Facebook)

## 2.2. NACHRICHTEN ODER STIMMUNGSMACHE?

Im Sozialen Netzwerken geben sich viele Angebote als Nachrichtenseiten aus. Dabei verfolgen sie eigentlich eine politische Agenda: Stimmungsmache gegen Menschengruppen. Auch über Groß-Gerau und die Region gibt es solche Pseudo-Nachrichtenseiten - das sind ihre Tricks:

Für viele Menschen ist das Internet und seine vielfältigen Angebote inzwischen Nachrichtenquelle Nummer Eins. Hier informieren sie sich nicht nur über das internationale und nationale Tagesgeschehen. Inzwischen gibt es viele Angebote mit lokalem Bezug auf einzelne Städte, Regionen und Landkreise und sogar solche mit hyperlokalem Bezug auf kleinere Ortschaften oder Stadtteile. Lokale Themen regen durch ihre unmittelbare Betroffenheit bei den Rezipienten einen verstärkten Drang aus, sich an der nachfolgenden Debatte selbst zu beteiligen. Daher ist auf vielen lokalen Nachrichtenseiten besonders hoher Traffic, also besonders starke Interaktion der User\*innen in Form von Kommentaren und Diskussionen zu beobachten. Mitunter ist die Beliebtheit solcher Angebote auch darin begründet, dass klassische Medien ihre lokale Berichterstattung aus Kostengründen zurückfahren und somit über bestimmte Regionen und Ortschaften kaum noch in Zeitung, Funk und Fernsehen berichtet wird.

Oft werden die Inhalte für entsprechende Nachrichtenseiten in der Mehrzahl nicht von den Betreiber\*innen der Angebote selbst verfasst. Zurückgegriffen wird vielmehr auf bestehende Texte klassischer Medien, die auf den Angeboten verlinkt und eingebaut werden. Ebenso werden vielfach Meldungen von Polizeipressestellen in die Angebote integriert. Durch diese Auswahl der Inhalte können die Angebote täglich neu befüllt und mitunter mehrfach aktualisiert werden, ohne dass dazu eine eigene Redaktion erforderlich wäre. Der Aufwand für entsprechende Angebote hält sich also in einem Rahmen der unentgeltlich auch von berufstätigen Menschen in ihrer Freizeit geleistet werden kann.

Mit Perspektive auf die Phänomene Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und

Hatespeech macht eine Unterscheidung entsprechender Angebote in zwei verschiedene Gruppen Sinn: Einerseits existieren News-Seiten und Gruppen, die für sich tatsächlich einen Informationsanspruch reklamieren, also die Lesenden über lokale Geschehnisse auf dem Laufenden halten wollen. Andererseits gibt es viele Angebote, die mehr oder weniger deutlich eine politische Agenda verfolgen und längst nicht alle Nachrichten an ihre Leser\*innen weitergeben, sondern nur solche, die das eigene Weltbild bestätigen und verfestigen. Bei solchen Angeboten kann man auch von manipulierenden Nachrichtenseiten sprechen, weil sie bestimmte Teilbereiche der Realität ausklammern und andere dagegen verstärken, zuspitzen und übertreiben.

Kommentare, die einen hetzerischen Charakter haben, Ressentiments produzieren oder gar volksverhetzend sind, finden sich auch auf Angeboten der ersten Gruppe. Dies hat verschiedene Gründe: Erstens führt der starke Fokus auf Kriminalnachrichten (bedingt durch die häufige Einspeisung von Polizeimeldungen) dazu, dass bei den Rezipienten der Eindruck entstehen kann, man sei permanenter Unsicherheit ausgesetzt. Verstärkt wird dieser Effekt dadurch, dass Polizeipressemeldungen häufig zu Beginn von laufenden Ermittlungen veröffentlicht werden, beispielsweise um Zeug\*innen vermeintlicher Vorfälle zu finden. Stellt sich im Laufe der Ermittlungen heraus, dass ein Sachverhalt anders abgelaufen ist, als zunächst vermutet, wird dies nur selten in einer weiteren Pressemeldung kommuniziert. Der Eindruck aus der ersten Pressemeldung bleibt damit bei mehr Menschen hängen, als der tatsächliche Tathergang. Zweitens schafft der lokale Bezug der Angebote einen besonderen Anreiz, sich zum geschilderten Sachverhalt zu äußern. Drittens steckt hinter entsprechenden Soci-

al-Media-Gruppen eben keine professionelle Redaktion mit den Ressourcen und Erfahrungen, um die Masse an Kommentaren zu moderieren.

Bei Angeboten der zweiten Gruppe, also den manipulierenden Nachrichtenseiten wird dagegen die Leserschaft gezielt zum Tippen menschenfeindlicher, rassistischer und demokratiefeindlicher Kommentare animiert. Dazu setzen die Macher\*innen gezielt verschiedene Strategien ein:

1. Die Auswahl der präsentierten Artikel wird danach getroffen, wer in den verbreiteten Nachrichten als Täter\*in oder als Opfer markiert werden kann. Manipulierende Nachrichtenseiten verlinken in aller Regel ausschließlich Nachrichten, in denen als fremd wahrgenommene Personen als Verursacher\*innen von Straftaten oder gesellschaftlichen Missständen in Erscheinung treten. Als „autochtone Deutsche“ wahrgenommene Personen sind in den verbreiteten Nachrichten dagegen häufig Opfer oder Leidtragende von Entwicklungen. Die Auswahl der gezeigten Nachrichten folgt somit den Kriterien eines rassistischen Weltbilds, indem alles Übel von „den anderen“ verursacht wird und die „Wir-Gruppe“ dagegen als unschuldig erscheint.

2. Um diesen Eindruck zu verstärken werden mitunter auch Nachrichten verbreitet, die sich gar nicht in der Region ereignet haben, denen sich die manipulierende Nachrichtenseite angeblich verschrieben hat. Wenn in anderen Gebieten Deutschlands Vorfälle stattfinden, die das genannte rassistische Weltbild bestätigen, dann werden diese ebenfalls in den Gruppen und auf den Seiten gepostet.

Das Facebook-Angebot „Abendlandpost - Ihr Südhausen-Kurier“ berichtet über einen Raubfall. Dieser fand nicht in Deutschland statt, sondern in Österreich.

(Quelle: Facebook)



Der rechtsextreme III.Weg präsentiert auf seinem „Nachrichtenangebot“ nur Schlagzeilen, die dem rassistischen Weltbild der Partei entsprechen. (Quelle: Twitter)



3. In eigenen Kommentierungen der geposteten Nachrichten spitzen die Admins manipulierender Nachrichtenseiten die verlinkte Nachricht zu und beeinflussen die Perspektive der Lesenden auf die beabsichtigte rassistische Deutung der Nachricht. Oft wird in den eigenen Kommentierungen der Betreiber\*innen auch der Eindruck erzeugt, dass die Leserschaft selbst und persönlich von der verlinkten Nachrichten betroffen oder bedroht ist.

Die Sicherheitsvorkehrungen am Bundestag haben nichts mit Migration zu tun. Die „Abendlandpost - Ihr Südhessen-Kurier“ behauptet das trotzdem. (Quelle: Facebook)



4. Mitunter werden auch die Vorschautitel auf verlinkte Nachrichten verändert. Aus relativ harmlosen Straftaten werden durch die Administrator\*innen wesentlich schwerere Straftaten gemacht, in der Hoffnung (oder mit dem Wissen), dass viele Abonnent\*innen nicht den vollständigen verlinkten Artikel lesen, sondern allein die gezeigte Überschrift. Ganz ähnlich können auch Bilder in der Vorschau auf verlinkte Artikel ausgetauscht werden. Die Administrator\*innen manipulierender Nachrichtenseiten setzen dabei häufig auf besonders emotionalisierende Bilder, die nichts mit dem eigentlichen Geschehen in der geteilten Meldung zu tun haben.



Vorfälle in Freibädern sind Aufreger in Sommerloch-Zeiten. Mit Terror, wie hier behauptet, hat das jedoch nichts zu tun. (Quelle: Twitter)

Alle gezeigten Beispiele stammen von Seiten, die einen eindeutig extrem rechten Hintergrund haben. Bei den Recherchen zu dieser Dokumentation konnte festgestellt werden, dass auch in anderen Facebook-Gruppen mit Bezug zum Kreis Groß-Gerau vereinzelt diese Methoden angewendet werden.



5. Themen werden durch manipulierende Nachrichtenseiten wichtiger gemacht, als sie eigentlich sind. In Kommentierungen wird beispielsweise das Wort „Eilmeldung“ oder „breaking“ hinzugefügt oder mit alarmierendem Tonfall behauptet, dass durch diese Meldung gesellschaftliche Entwicklungen unwiderruflich in Gang gesetzt oder bewiesen seien.

„Deutschland endgültig auf dem Weg in die dritte Diktatur!“ behauptet diese Eilmeldung. Tatsächlich geht es darum, dass eine Klage der AfD vor dem Bundesverfassungsgericht abgewiesen wurde. (Quelle: Facebook)



6. Obwohl manipulierende Nachrichtenseiten vornehmlich ihre Inhalte erstellen, indem sie auf Recherchen seriöser Medien verweisen, behaupten sie, dass klassische Medien nicht unabhängig berichteten. Manipulierende Nachrichtenseiten inszenieren eine angeblich stattfindende Zensur. Damit wollen sie Leser\*innen an ihre eigenen Seiten binden und gleichzeitig das Vertrauen in Presse, Öffentlichkeit und demokratische Institutionen nachhaltig beschädigen.

Hier wird ein Artikel einer russischen Propagandaseite geteilt und die Seite als „Westfernsehen“ bezeichnet, weil angeblich klassische Medien nicht über das Treffen berichteten. (Quelle: Facebook)



7. Mitunter stecken hinter manipulierenden Nachrichtenseiten Personen aus rechtsextremen Gruppierungen. Zwischen den geteilten Nachrichten tauchen daher immer wieder Pressemeldungen und Selbstdarstellungen entsprechender Gruppen auf. Die verlinkten Artikel werden dadurch als Lockvogel für rechtsextreme Propagandaseiten missbraucht.

Die „Unzensierten Nachrichten Südhessen“ berichten über Flyeraktion der rechtsextremen Kleinstpartei „Der III. Weg“. (Quelle: Twitter)

## 2.3. HETZE IM NETZ: RECHTE PARALLELWELTEN AUF FACEBOOK

Auf Facebook gibt es unzählige Seiten und Gruppen die rechte Stimmungsmache betreiben. Die Abonnent\*innen, die den Seiten folgen, kommen in der Regel aus dem gesamten Bundesgebiet. Häufig verteilen sich auch die Administrator\*innen auf mehrere Regionen. Eine dieser Seiten nennt sich „Wir schaffen das 2.0“. Über geschlossene Kanäle lud die Seite Anfang 2019 zu einem Neujahrstreffen in eine Lokalität in Groß-Gerau. Wir haben uns die Seite genauer angeschaut.

Das Headerbild zeigt die Skyline von Frankfurt. Beschriftet ist es mit „Der Widerstand aus dem Rhein-Main-Gebiet“. Die über 1700 Abonnent\*innen der Seite dürften sich trotzdem über das gesamte Bundesgebiet verteilen. Darauf deutet auch eine kleinere geschlossene Gruppe hin, die zur Seite gehört. Rund 60 Menschen sind hier Mitglied. Einige kommen aus Hessen, andere beispielsweise aus Sachsen, Baden-Württemberg oder Schleswig-Holstein. Auf Plattformen wie Facebook, spielen bei der Vernetzung lokale Bezüge kaum eine Rolle, wichtiger ist die gemeinsam geteilte Ideologie.

Die offenbart sich in den Inhalten, die auf der Seite verbreitet werden. Angepinnt ist ein Beitrag, in dem ein verschwörungstheoretisches Buch beworben wird. Die Administrator\*innen preisen das Buch an, es sei „messerscharf und überparteilich“. In dem Buch behauptet der Autor, er habe einen „alten Plan“ erkannt, nachdem Angela Merkel handelt. In Wahrheit, so das Buch „Deutschland belogen – betrogen – verraten“, sei Merkel eine Sozialistin. (Facebook 2019a). Viele geteilte Inhalte auf der Seite zielen in eine ähnliche Richtung: Sie wollen das Vertrauen in demokratische Institutionen erschüttern, wittern überall Verschwörungen. Im Zuge der Debatte um Klimawandel und die „Fridays for Future“-Demonstrationen werden auf der Seite auch immer wieder wissenschaftliche Institutionen und deren Erkenntnisse angezweifelt. Mitunter offenbaren die dazu verbreiteten Verschwörungstheorien auch antisemitische Züge, wenn beispielsweise George Soros als vermeintlicher Drahtzieher im Hintergrund benannt wird (Facebook 2019b).

**Verschwörungstheorien bieten oft einfache Antworten auf komplexe Problemlagen. Sie behaupten geheime Netzwerke zu kennen und machen Einzelpersonen oder Personengruppen zu Sündenböcken für gesellschaftliche Fehlentwicklungen. Rechte Verschwörungstheorien greifen oft auf antisemitische Klischees zurück. Außerdem sähen sie Misstrauen gegenüber demokratischen Institutionen.**

Mehrmals pro Woche werden auf der Seite Inhalte geteilt, die häufig durch die Administrator\*innen kommentiert werden. Manche der geteilten Inhalte sind Presseartikel aus seriösen Medien. Andere stammen von rechtspopulistischen Seiten wie dem Compact-Magazin (Facebook 2019c) oder Journalistenwatch (Facebook 2019d).

Beworben werden auf der Seite auch regionale Veranstaltungen und Projekte aus dem rechten Spektrum. Beispielsweise findet man Aufrufe zur Teilnahme an den „Gelbwesten“-Demonstrationen in Wiesbaden (Facebook 2019e). Mehr zu diesen Demonstrationen finden Sie in dieser Dokumentation auf Seite 38. Hingewiesen wird auch auf eine Facebook-Seite mit dem Titel „Mahnmal gegen das Verbrechen“ (Facebook 2019f). Dabei handelt es sich um ein Projekt aus dem Rhein-Main-Gebiet, dass bei rechten Demonstrationen im ganzen Bundesgebiet in Erscheinung tritt. Das Projekt thematisiert vermeintliche Übergriffe und Straftaten von Migrant\*innen. Durch diesen gezielten Ausschnitt aus dem gesamten Kriminalitätsaufkommen entsteht der Eindruck, dass Migrant\*innen besonders kriminell wären. Somit trägt das Projekt zur Verfestigung von Rassismus bei. Neben diesen Hinweisen auf das Rhein-Main-Gebiet verbreitete die Seite in ihren geschlossenen Kanälen auch die Einladung zur Teilnahme an einem Neujahrstreffen. Stattfinden sollte dieses in einer Lokalität in Groß-Gerau (Discordapp 2019).

In der zugehörigen geschlossenen Facebook-Gruppe werden auch drastischere Inhalte geteilt. Offenen Antisemitismus verbreitete man dort beispielsweise durch das Teilen eines Beitrag mit der Überschrift: „Der Kallergi-Plan zur Ausrottung der weissen Rasse mit einer Weltregierung jüdischer Zionisten“ [sic!] (Facebook 2019g). Oder man bewirbt dort die Teilnahme an Pegida-Demonstrationen in Dresden (Facebook 2019h).

Im Juni 2019 verbreitete ein Administrator der Gruppe ein Youtube-Video von einer Bürger\*innenversammlung im Jahr 2015 in Kassel. Zu sehen ist dort der mutmaßlich von einem Rechtsextremen ermordete Politiker Walter Lübcke. Der Administrator schreibt zu diesem Video: „DAS wurde Herrn Walter Lübcke zum

Verhängnis: „Es lohne sich, in Deutschland zu leben und für die hiesigen Werte einzutreten. Wer diese Werte nicht vertritt, kann dieses Land jederzeit verlassen - Das ist die Freiheit eines jeden Deutschen.“ [sic!] (Facebook 2019i). Ein Mitglied der Gruppe kommentierte den Beitrag zynisch: „nun er hat wohl den anfang gemacht, oder?“ (Facebook 2019j).



Einladung der Gruppe zu einem Offline-Treffen in eine Lokalität in Groß-Gerau. (Quelle: discordapp)

**Seiten und Gruppen wie „Wir schaffen das 2.0“ sind eine Gefahr für die demokratische Gesellschaft. Sie erschüttern systematisch das Vertrauen in Institutionen des Staates und seriöse Presseberichterstattung. Sie verbreiten Hetze gegen Minderheiten und unternehmen nichts gegen hasserfüllte Kommentare auf ihren Seiten. So kann unter den Abonnent\*innen und Mitgliedern eine Art Parallelwelt entstehen, in der der Eindruck vermittelt wird, man würde permanent belogen und betrogen. Dadurch können diese Seiten Radikalisierungsprozesse anstoßen.**

## 2.4. GESCHICHTSREVISIONISMUS: VERHERRLICHEN UND VERDRÄNGEN

Die deutsche Geschichte, insbesondere die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur und der Holocaust, sind für rechtsextreme und rechtspopulistische Gruppierungen ein schwieriges Thema. Im Kreis Groß-Gerau verursachten Postings aus dem Facebook-Account der AfD-Politikerin Alexandra Walter einen Skandal. Auf dem Profil wurden Sympathien für einen Angehörigen der Waffen-SS geäußert. Andere Profile aus dem Kreis Groß-Gerau verherrlichen den Nationalsozialismus nicht, wollen aber nicht mehr an die Zeit erinnert werden.

Die AfD-Politikerin Alexandra Walter aus dem Kreis Groß-Gerau war gerade frisch in den hessischen Landtag gewählt, als auf dem Twitteraccount [achtsegel.org](https://twitter.com/achtsegel.org) Screenshots von ihrem Facebook-Account veröffentlicht wurden. Die Screenshots offenbarten problematische Positionen zur deutschen Geschichte. Der Facebook-Account von Walter kommentierte beispielsweise ein Bild des Accounts „Traditionsbuchreihe“. Auf dem Bild sieht man einen alten Mann an einem Wohnzimmertisch. Vor ihm liegt ein Stapel Autogrammkarten, die er unterzeichnet. Die Autogrammkarten zeigen ihn in jungen Jahren – nicht etwa in einem Fußballtrikot, sondern in einer Uniform der Waffen-SS. Der Mann heißt Dries Coolens, ist belgischer Staatsbürger und schloss sich während des Zweiten Weltkriegs als Freiwilliger der Waffen-SS an. Heute wird er in rechtsextremen Kreisen verehrt. Diese Verehrung teilte offenbar auch der Facebook-Account von Alexandra Walter, denn ihr Kommentar zum Bild lautet: „Klasse! Habe ihn bei einer Vortragsveranstaltung hören dürfen. Ein toller Mensch, der viel zu erzählen hat.“ Ein weiterer Kommentar von Walters Account bestätigte den Eindruck, dass der Account die Verbrechen des Nationalsozialismus kleinredet. In diesem Posting geht es um die Versenkung der „Wilhelm Gustloff“ durch russische Torpedos. Ein Besucher der Seite kritisiert diese Darstellung und Inszenierung von deutschen Opfern. Er merkt an, dass Deutschland während des Krieges Millionen von Menschen in Russland ermordet hätte. Daraufhin wird Wal-

ter deutlich: „waren sie bei den angeblichen Verbrechen, die sie anprangern dabei? Kommunist!“, richtet sie an ihren Vorredner (Jellonnek 2018).

Wenige Stunden nach der Veröffentlichung der Screenshots waren die Original-Postings auf Facebook nicht mehr zu finden. Walter behauptete gegenüber der Presse, dass sie nicht Verursacherin der Postings sei. Der Landesvorstand der AfD forderte von Walter unter anderem eine eidesstattliche Erklärung. Als diese nicht erfolgte ging man auf Distanz zum Parteimitglied: „Sie hat den durch Medienberichte aufgekommenen Verdacht, die Urheberin einiger Kommentare auf Facebook zu sein, die auf ein fragwürdiges, einseitiges Geschichtsverständnis schließen lassen, trotz intensiver Nachfragen uns gegenüber bisher nicht nachvollziehbar ausgeräumt“, teilte der Landesvorsitzende Klaus Herrmann mit (AfD Hessen 2018). Die Landtagsfraktion nahm Walter schließlich wegen des Skandals vorläufig nicht in ihre Reihen auf. Auch im Kreistag Groß-Gerau wurde der Vorfall thematisiert. Die Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, die Linke.OL, FDP/FW und FREIE WÄHLER beschlossen in einem gemeinsamen Antrag, dass der Kreistag die Postings von Walters Account missbilligt. Die Kreistagsfraktion der AfD hatte beim Aufruf des Antrags den Saal verlassen und sich nicht an der Abstimmung beteiligt. (Kreistag Groß-Gerau 2019)

Andere Social-Media-Profilen im Kreis Groß-



Gerau verherrlichen die Zeit des Nationalsozialismus nicht, lehnen es aber ab, an sie erinnert zu werden. Dies zeigt sich beispielsweise in einer Facebook-Gruppe mit Bezug zu Rüsselsheim. Ein User stellt dort immer wieder kurze Absätze ein, in denen an Menschen erinnert wird, denen mit Stolpersteinen gedacht wird. Am 5. Juni 2019 erinnerte der User beispielsweise an die Ermordung von Lise Adele Wolfenstein im Vernichtungslager Sobibor. Daraufhin meldet sich ein anderes Mitglied der Gruppe zu Wort. Der User schreibt: „Sorry, damit hab ich nichts zu tun. Es reicht wenn es in der Schule unterrichtet wird, ansonsten gilt es nach vorne zu schauen und die Zukunftsprobleme zu lösen.“ (Facebook 2019k). Die Haltung, man habe als Nachgeborene\*r mit den Verbrechen der NS-Zeit nichts zu tun und wolle deshalb auch nicht daran erinnert werden, ist gesellschaftlich weit verbreitet.

Der Facebook-Account von Alexandra Walter findet lobende Worte für einen Angehörigen der Waffen-SS. Die AfD-Politikerin bestreitet Urheberin dieses Kommentars zu sein. (Quelle: Facebook)



Dieses Mitglied einer Facebook-Gruppe aus Rüsselsheim stört sich daran, dass dort an Opfer des Nationalsozialismus erinnert wird. (Quelle: Facebook)

## 2.5. INTERVIEW „ES GEHT DARUM, AUS DEM VERBRECHEN ZU LERNEN“

Cornelia Rühlig im Gespräch über Geschichtsverdrossenheit, das Lager Walldorf und pädagogische Angebote gegen Rechts.

**Im Netz findet man immer wieder Kommentare, in denen es heißt „mit der Zeit des Nationalsozialismus habe ich doch nichts mehr zu tun“. Begegnen Ihnen solche Aussagen öfter und was halten Sie von solchen Positionen unter dem Motto „Schlussstrich“?**

Ja, das ist in der Tat eine weit verbreitete Haltung. Wenn junge Menschen in Workshops solche Positionen äußern, dann antworte ich auf zwei Ebenen. Erstens: Geschichte ist immer Vergangenheit – trotzdem beschäftigen wir uns mit ihr. Wir reden ja beispielsweise auch über die Fußballweltmeisterschaft von 1954, obwohl die Geschichte ist. Zweitens ist der Holocaust sicherlich das schlimmste Verbrechen mit förmlich industriellen Massentötungen, das in Europa stattgefunden hat. Deshalb braucht dieser Teil der Geschichte besondere Aufmerksamkeit und Beachtung. Am Ende geht es darum, dass wir aus diesem Verbrechen Lehren ziehen. Deshalb ist es mir wichtig in meiner Arbeit ein grundsätzliches Verständnis für die Auswirkungen von Diskriminierung und Verfolgung zu schaffen und Bezüge zur Gegenwart zu eröffnen. Wenn heute dunkelhäutige Jugendliche öfter auf dem Weg zum Bahnhof kontrolliert werden als andere Jugendliche, dann erleben sie förmlich am eigenen Leib, was „racial profiling“ ist. Sie erleben Diskriminierung aufgrund von äußerlichen Merkmalen.

**Was für ein Lager war in Mörfelden-Walldorf und welche Funktion erfüllte es im Vernichtungsapparat der Nationalsozialisten?**

Wichtig ist es, die Konzentrationslager als ein Gesamtsystem zu betrachten. Unterscheiden muss man dann zwischen Hauptlagern und Nebenlagern. Außerdem zwischen Vernichtungslagern und anderen Konzentrationslagern. Zwischen Auschwitz, wo über eine Million Menschen ermordet wurden, und Ravensbrück, wo politische Gegner\*innen gefangen gehalten wurden, liegen Welten.

**Cornelia Rühlig** ist Vorsitzende der Margit-Horváth-Stiftung. Die Stiftung betreibt das Horváth-Zentrum, das an die Geschichte des KZ-Aussenlagers Walldorf erinnert.

Von den kleineren Außenstellen gab es rund 1000 im ganzen Deutschen Reich, eine davon in Walldorf. Die Besonderheit dieser Außenstellen ist die Alltäglichkeit, mit der sie in Wohn- und Lebensräume der deutschen Bevölkerung eingebettet waren. Jede\*r konnte sehen, dass es diese Lager gibt, dass da hinterm Stacheldraht Menschen schlimmer als das Vieh behandelt, ausgenutzt und misshandelt werden. Die Außenstellen oder Nebenlager dienten als Arbeitslager. Das heißt, die Häftlinge mussten bis zur Erschöpfung und darüber hinaus arbeiten. Hinzu kam, wenn dort unter den Aufseher\*innen Menschen mit sadistischen Zügen waren, dann konnten sie diese ungehindert ausleben und nach Belieben Häftlinge schikanieren, foltern oder gar töten. Außerdem litten die Häftlinge unter mangelhafter Versorgung mit Nahrung, Medikamenten und so weiter.

**Welche Angebote bieten sie heute in der Gedenkstätte an, um über die Geschichte aufzuklären?**

Wir haben ein sehr breites Spektrum an An-



Das Horváth-Zentrum in Walldorf erinnert an das dortige KZ-Aussenlager.  
Foto: Margit-Horváth-Stiftung

geboten. Von der einfachen Führung von 1,5 Stunden bis hin zu ganztägigen Seminaren. Wir haben nicht das feste Programmpaket aus dem man auswählt, sondern wir führen intensive Vorgespräche mit den jeweiligen Lehrer\*innen und versuchen im Seminar Probleme und Themen aufzugreifen, die in den jeweiligen Schulklassen relevant sind. Zahlreiche Materialien (Kopien der Originaldokumente) z.B. Interviews mit Überlebenden und Protokolle der staatsanwaltlichen Befragungen des SS-Wachpersonals liegen stets bereit. Laptops, Internet, Aufnahmegeräte stehen für die selbstständige Arbeit in Kleingruppen zur Verfügung. Großes Interesse gibt es auch an unseren Kombinationen von seminaristischen und praktischen Arbeiten. So wurde z.B. auch der Kellerbereich der ehemaligen Küchenbaracke von Schüler\*innen und internationalen Studierendengruppen freigelegt. Solche Pro-

jekte brauchen allerdings eine längerfristige Vorbereitung.

**Das Horváth-Zentrum, eine Gedenk- und Bildungsstätte, war schon von Vandalismus betroffen. Sie gehen damit sehr offen um und machen solche Vorfälle sichtbar. Welche Idee steckt hinter dieser Strategie?**

Das ist eine ganz einfache Idee: Wir möchten nicht einfach reparieren und äußerlich so tun als wäre nichts passiert. Wir wollen ein Bewusstsein dafür schaffen, dass Vandalismus und Antisemitismus auch hier und heute unter uns stattfindet. Deshalb bringen wir nach solchen Vorfällen am Ort des Geschehens frontal Schilder an, auf denen wir in Frageform kurz und präzise benennen, was passiert ist. Wir sprechen die Täter\*innen direkt an und fordern sie auf, mit uns darüber zu sprechen.

# 2.6. Was tun gegen Hass und Hetze im Netz?

## Hasskommentare und Co melden:

### Bei Plattformen melden:

Alle seriösen Social-Media-Plattformen bieten Meldefunktionen an, bei denen Sie Inhalte anzeigen können, die gegen die jeweiligen Plattform-Richtlinien verstoßen. Kommentare und Co, die strafbare Inhalte enthalten, beispielsweise volksverhetzend sind oder verbotene Kennzeichen wie das Hakenkreuz zeigen, müssen von den Plattform-Betreiber\*innen aus dem Netz entfernt werden.

### Bei Meldestellen melden:

Sie können verdächtige Inhalte auch an Meldestellen wie beispielsweise [hass-im-netz.info](mailto:hass-im-netz.info) melden. Das Angebot von [jugendschutz.net](mailto:jugendschutz.net) ist spezialisiert auf die Einschätzung von Hasskommentaren. Dort wird jede Meldung inhaltlich und juristisch eingeschätzt und anschließend den Plattform-Betreiber\*innen weitergegeben. Auch klassische Webseiten können dort gemeldet werden.

→ [hass-im-netz.info](mailto:hass-im-netz.info)  
→ [jugendschutz.net](mailto:jugendschutz.net)

## Wie umgehen mit rechten Nachrichtenseiten?

Gehen Sie den Methoden nicht auf den Leim! Vergleichen Sie die Vorschau eines Artikels in Sozialen Netzwerken mit der Originalquelle.

Lesen Sie Artikel unbedingt zu Ende und nicht nur die Überschrift.

Wenn Freund\*innen oder Verwandte einen Beitrag weiterleiten, der von einer entsprechenden Seite stammt, dann machen Sie die Person darauf aufmerksam. Klären Sie darüber auf, welche Absichten die Betreiber\*innen solcher Seiten verfolgen.

Auf solchen Seiten finden sich in den Kommentaren von User\*innen immer wieder Aussagen, die strafbar sind. Diese können Sie melden oder anzeigen.

## Was tun bei rechten Shitstorms?

### Besser zu früh als zu spät: Juristische Unterstützung:

Gerät man als Organisation in einen rechten Shitstorm, sollte man so früh wie möglich juristische Unterstützung organisieren. Rechtsanwält\*innen können beispielsweise dabei beraten, ob und wie man gegen Falschaussagen und Verleumdungen vorgehen kann. Oft werden im Zuge von Shitstorms auch Persönlichkeitsrechte oder Datenschutzrechte verletzt. Gerade wenn Falschaussagen verbreitet werden, sollte man dafür sorgen, dass diese frühzeitig richtiggestellt werden. Auf eigene Faust, ohne juristische Hilfe, wird man dabei kaum Erfolg haben.

### Präventiv Solidarität organisieren:

Als Organisation, die in sozialen oder politischen Kontexten agiert, sollte man sich klar machen, dass man potenziell zum Opfer eines rechten Shitstorms werden kann. Wenn dies geschieht, ist man froh über die Solidarität anderer Organisationen. Diese können auf einzelne Hassbotschaften oder Behauptungen reagieren und somit die betroffene Organisation entlasten. Zudem ist die gezeigte Solidarität eine starke Botschaft nach außen. Sie zeigt Zusammenhalt und macht klar, dass man sich nicht durch rechte Hetze aufspalten lässt. Online-Solidarität muss allerdings genauso vorbereitet werden, wie Offline-Solidarität: Durch die präventive Bildung von Bündnissen. Besprechen Sie beispielsweise im Zuge eines Fachaustauschs mit Kolleg\*innen anderer Organisationen ein gemeinsames Vorgehen, falls eine Organisation aus ihrem fachlichen Kreis in einen rechten Shitstorm gerät.

### Nicht provozieren lassen:

Viele Kommentare und Botschaften, die man während eines Shitstorms erhält, sind unter der Gürtellinie, ehrverletzend und provozierend. Versuchen Sie sich davon so wenig wie möglich beeindrucken zu lassen. Bedenken

## Widersprechen: Counterspeech

### Warum Widersprechen?

Rechtsextremen Demonstrationen und Co wird in aller Regel widersprochen. Im Netz bleibt extrem rechte Propaganda dagegen oft unwidersprochen stehen. Das ist ein Problem. Mit Gegenrede im Netz, auch Counterspeech genannt, wird man in den seltensten Fällen das Weltbild von extrem rechten Kommentatoren ins Wanken bringen. Aber man darf nicht vergessen: Viele User sind bei Kommentarverläufen nur Mitleser\*innen und nicht selbst aktiv beteiligt. Diesen Leuten zeigt man mit seiner Gegenrede, dass rechtsextreme Positionen nicht „normal“ sind, sondern Kritik hervorrufen.

### Wie Widersprechen?

Wer sich mit Counterspeech im Netz engagieren möchte, muss nicht jedesmal das Rad neu erfinden. Inzwischen gibt es mehrere Initiativen und Projekte, die einem beim Counterspeech unterstützen und beraten. Zum Beispiel das Projekt [No Hate Speech Movement](http://no-hate-speech.de). → [no-hate-speech.de](http://no-hate-speech.de)

Achtung: Wer Counterspeech leistet, sollte sich vorab gut mit den eigenen Daten im Netz auseinandersetzen und darauf achten, dass möglichst weitreichende Privatsphäre-Einstellungen getroffen sind.

Sie, dass solche Nachrichten insbesondere aus einer vermeintlichen Anonymität heraus schnell formuliert sind.

### Präventiv Netiquette formulieren:

Geben Sie ihren Social-Media-Auftritten eine sogenannte Netiquette. Formulieren Sie also „Benimmregeln“ für die Besucher\*innen Ihrer Accounts. Eine Netiquette verhindert zwar im Zweifelsfall keinen Shitstorm, sie kann jedoch beim Umgang mit Hasskommentaren hilfreich sein. Wenn Sie beispielsweise Personen blocken oder Kommentare löschen, können Sie zur Begründung einfach auf Ihre Netiquette verweisen und vereinfachen sich so langwierige Debatten über Ihre Beweggründe.

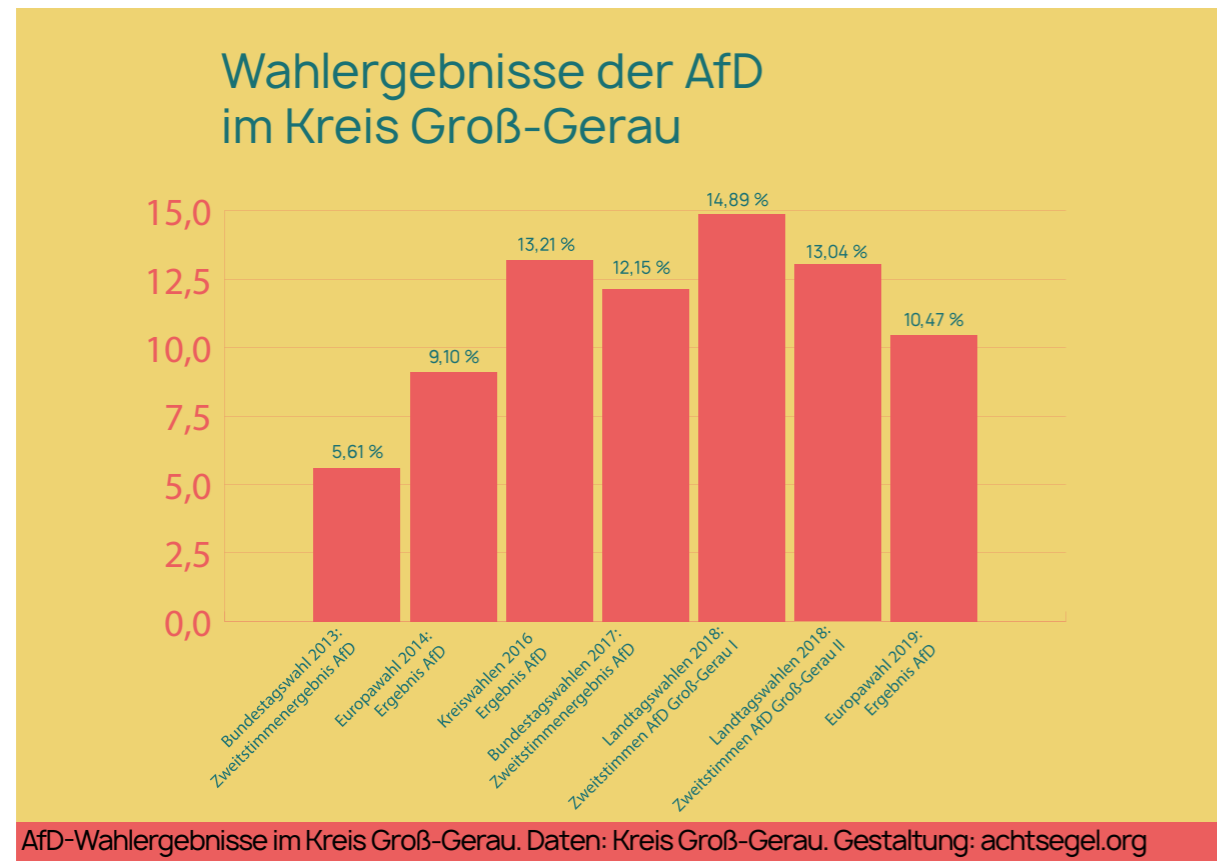
## Hass im Netz anzeigen.

Gesetze wie beispielsweise Volksverhetzung sind nicht nur offline gültig. Kommentare die strafbar sind können angezeigt werden. Dazu muss man heute nicht mehr zur nächsten Polizeidienststelle gehen, sondern kann eine Anzeige auch online aufgeben.

→ [onlinewache.polizei.hessen.de](http://onlinewache.polizei.hessen.de)



# 3.1. ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND: ENTSTEHUNGSGESCHICHTE, IN HESSEN UND IM KREIS GROSS-GERAU



## Entstehungsgeschichte und politische Verortung:

Die 2013 in Hessen gegründete Alternative für Deutschland (AfD) ist eine rechtspopulistische Partei. Die Teillgliederungen „Der Flügel“ und die Jugendorganisation „Junge Alternative“ wurden vom Bundesamt für Verfassungsschutz im Jahr 2019 zum Prüffall erklärt. Der Verfassungsschutz sieht demnach Ansatzpunkte dafür, dass in diesen Gliederungen verfassungsfeindliche Politik vorangetrieben wird.

Inhaltlich ist die Partei in vielen Politikfeldern von starken Gegensätzen geprägt. Beispielsweise konnte sich die Partei noch nicht für eine konsistente Rentenpolitik entscheiden, die von allen Teilen der Partei mitgetragen wird. Auch beim Thema Klimawandel offenbaren sich tiefe

Differenzen. Während Teile der Partei den Einfluss des Menschen auf die globale Erderwärmung leugnen, werben andere Funktionär\*innen dafür, dass man sich der wissenschaftlich anerkannten Position annähert. Dieser Konflikt um die Klimapolitik steht stellvertretend für eine Auseinandersetzung, die in der Partei immer wieder auftritt. Denn die AfD warb stets damit, vermeintliche Grenzen der politischen Korrektheit zu übertreten und Positionen in ihren Reihen zu dulden, die lediglich von kleinen Minderheiten eingenommen werden.

Weitgehende Einigkeit besteht in der AfD jedoch in der Ablehnung von Zuwanderung, der Forderung nach einer restriktiven Abschiebungspolitik, der Forderung nach geschlossenen Grenzen und in der Ablehnung von Menschen mit muslimischen Glauben, den Institutionen der

Europäischen Union und des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Diese Themen bestimmen auch die Propaganda der AfD, die dabei oft in rassistischer Art und Weise formuliert und ausgestaltet wird.

Aber auch andere gesellschaftliche Gruppen werden immer wieder in Reden oder Propagandastücken von AfD-Funktionär\*innen herabgewürdigt. Betroffen sind dann beispielsweise LSBTTIQ\*, People of Colour, Menschen mit körperlicher Beeinträchtigung, Presse- und Medienschaffende, Feminist\*innen oder Menschen, die sich für die Rechte von gesellschaftlichen Minderheiten einsetzen.

Immer wieder sind aus den Reihen der Partei auch antisemitische Äußerungen zu hören. Häufig werden diese verklausuliert in Form von Verschwörungstheorien geäußert. Die Rede ist dann beispielsweise von einer „Neuen Weltordnung“ (kurz: NWO) – eine gängige antisemitische Verschwörungstheorie die ein heimliches Machtzentrum behauptet, von dem aus beispielsweise Migrationsbewegungen gesteuert würden (Lau 2018).

## Die AfD in Hessen

In Hessen zog die AfD nach der Landtagswahl 2018 mit 19 Sitzen in den Wiesbadener Landtag ein. Die Abgeordnete Walter wurde wegen Postings auf ihrem Facebookaccount vorläufig nicht in die Landtagsfraktion aufgenommen (mehr dazu im Kapitel Geschichtsrevisionismus).

Auch im Europäischen Parlament ist die hessische AfD mit der Abgeordneten Christine Anderson seit 2019 vertreten. In der Bundestagsfraktion sitzen sechs Mitglieder aus dem Landesverband.

## Die AfD im Kreis Groß-Gerau

Im Kreistag sitzen für die AfD zehn Abgeordnete, wobei auch hier Alexandra Walter dem Kreisausschuss angehört. Thematisch beschäftigen sich die Mehrzahl der Anfragen der AfD-Fraktion mit dem Thema Asyl. In einer Anfrage im Jahr 2017 unterstellte die AfD einer Flüchtlingsinitiative „das Schlepperunwesen [zu] verschärfen“ und sprach von einem „Asyl-Ansturm“ (AfD Groß-Gerau 2017).

**Junge Alternative** nennt sich die Jugendorganisation der AfD. Dem 2019 gewählten Landesvorstand gehört kein Mitglied aus dem Kreis Groß-Gerau an. Die Junge Alternative steht immer wieder wegen ihrer Kontakte zur Identitären Bewegung in der Kritik. So auch in Hessen. (Jellonnek 2019)

Einzelne Mitglieder der Kreistagsfraktion verbreiten über Facebook rechtspopulistische Medien oder Aufrufe zu Demonstrationen. Der Beigeordnete Peter Rak bewarb beispielsweise im Jahr 2018 eine rechtsextreme Demonstration in Chemnitz, die wegen ihrer aggressiven Stimmung bundesweit Schlagzeilen machte (Facebook 2018). In seinen Facebook-Likes befindet sich auch die Seite „Büdingen wehrt sich - Asylflut stoppen“, in deren Impressum der Landesvorsitzende der hessischen NPD auftaucht. (Facebook 2019)

Noch deutlicher drückt der Abgeordnete Horst Zickler seine Sympathien für die rechtsextreme Partei aus. Er gab dem Facebook-Auftritt der Bundespartei der NPD sein Like. Auch eine Seite aus dem Reichsbürger-Millieu, die sich „ddbagentur“ nennt, findet seinen Gefallen. (Facebook 2019m). Über George Soros schrieb Zickler auf Facebook: „Soros ist der Mann, der sich ungefragt in dem Wahlkampf in den Neuen Bundesländern einmischen will, um Seine „Werte“; vermutlich Raffgier, gegen die AfD zu verteidigen.“ (Facebook 2019n) und bedient damit antisemitische Klischees.

## 3.2. RECHTE PROPAGANDA IN BETRIEBEN: ZENTRUM AUTOMOBIL

Seit einigen Jahren versuchen rechte Gewerkschaften in Betrieben an Einfluss zu gewinnen. Die bekannteste dieser Gewerkschaften ist „Zentrum Automobil“ (ZA). Auch bei Opel in Rüsselsheim konnte ZA ein Mitglied in den Betriebsrat platzieren. Im Interview erzählt Gewerkschaftssekretär Sascha Schmidt, wie der Deutsche Gewerkschaftsbund mit der Herausforderung umgeht.

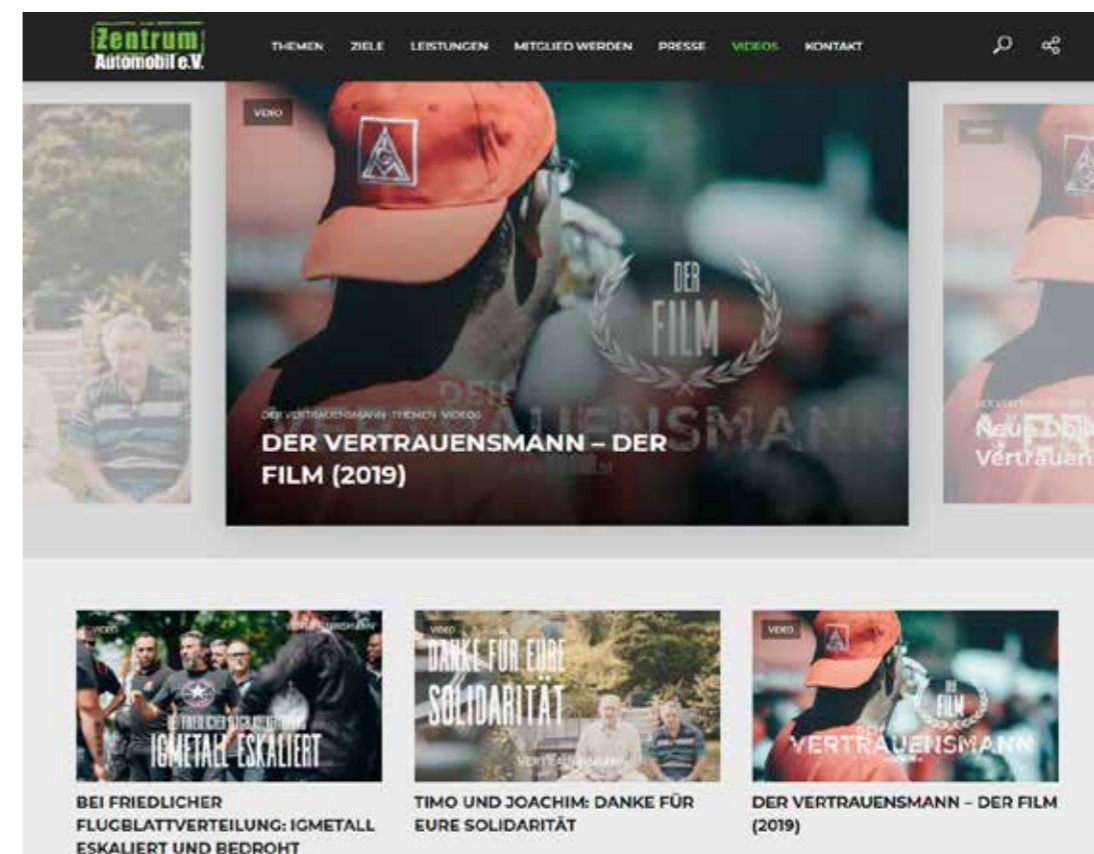
### Zentrum Automobil in Rüsselsheim:

Am 26. Februar 2018 berichtete die Hessenschau darüber, dass Horst S., ein Betriebsrat bei Opel in Rüsselsheim, bei einer Veranstaltung mit der rechten Gewerkschaft „Zentrum Automobil“ aufgetreten ist (hessenschau 2018). Die Veranstaltung fand am 25. November 2017 statt und war vom rechten Compact-Magazin unter dem Titel „Opposition heißt Widerstand“ organisiert. Neben Horst S. traten auf der Bühne auch Björn Höcke, Vorsitzender der vom Verfassungsschutz beobachteten völkisch-nationalistischen AfD-Strömung „Der Flügel“, und Martin Sellner, eine zentrale Figur der rechts-extremen „Identitären Bewegung“ auf. Bei dieser Veranstaltung trat Horst S. als Vertreter der „Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Betriebsangehöriger“ (AUB) auf und warb dafür bei den Betriebsratswahlen für Kandidaten zu stimmen, die nicht den DGB-Gewerkschaften angehören (Compact 2017). Horst S. wurde bei den Betriebsratswahlen im März 2018 für die AUB in den Betriebsrat von Opel in Rüsselsheim gewählt.

Einen Monat später, am 1. Mai 2018, trat Horst S. auf einer Kundgebung der AfD in Eisenach auf. Sein Vordredner war wieder Björn Höcke. Auf der Bühne wurde er nun als Mitglied von „Zentrum Automobil“ angekündigt. Bei seiner Rede trug er ein T-Shirt von „Zentrum Automobil“ und bezeichnete sich ebenfalls als Vertreter von ZA (AfD Live 2018).

Hintergrund dieser Ereignisse ist die neurechte Kampagne „Werde Betriebsrat – Patrioten schützen Arbeitsplätze“, die rechte Gewerkschaften verstärkt in Betrieben installieren sollte. Neben dem Compact-Magazin und der AfD, war auch die neurechte Kampagnenplattform

Das Netzwerk „Ein Prozent“ ist der Neuen Rechten zuzuordnen. Über das Netzwerk werden Spenden gesammelt und extrem rechte Kampagnen finanziert. „Ein Prozent“ unterstützt auch die rechtsextreme Identitäre Bewegung.



„Ein Prozent“ ist maßgeblich an diesem Projekt beteiligt. Der 2015 von führenden Personen aus der neurechten Szene gegründete Verein „Ein Prozent“ hat das Ziel rechte Organisationen und Kampagnen bundesweit finanziell und organisatorisch zu unterstützen. So wurde beispielsweise von „Ein Prozent“ eine eigene Kampagnen-Webseite „werdebetriebsrat.de“ online gestellt und Videos für die Werbung in den Sozialen Medien produziert. Zudem wurden, beispielsweise bei Pegida-Veranstaltungen, eine „Alternative Gewerkschaftszeitung“ verteilt, die durch Compact, „Ein Prozent“ und „Zentrum Automobil“ gemeinsam produziert wurde (Ein Prozent 2018).

„Zentrum Automobil“ wurde 2009 von Oliver Hilburger gegründet und trat 2010 erstmals bei den Betriebsratswahlen im Stammwerk von Mercedes-Benz in Untertürkheim an, wo sie damals 2 Mandate, unter anderem eins für Hilburger, erringen konnten. Hilburger war davor bekannt als Gitarrist der rechtsextremen Band „Noie Werte“, der er von 1989 bis 2008 angehörte. Auf den Kandidat\*innenlisten zu Betriebsratswahlen in Untertürkheim finden sich zahlreiche weitere

Das Zentrum Automobil präsentiert auf seiner Webseite professionelle Videoproduktionen in denen vor allem gegen den DGB Stimmung gemacht wird. (Quelle: [zentrum-automobil.de](http://zentrum-automobil.de))

Personen mit Verbindungen in die rechte Szene (AIB 2018). ZA ist inzwischen auch in anderen Standorten tätig, so zum Beispiel in den Daimler-Werken in Sindelfingen und Rastatt oder im BMW-Werk in Leipzig. In den Betrieben tritt ZA dabei nicht offen mit rechten Positionen auf, sondern vor allem in Opposition zur IG Metall, der sie vorwirft korrupt zu sein (Strauch 2018).

Die ZA revanchiert sich für die Unterstützung der AfD bei den Betriebsratswahlen. So konnte man während des Europawahlkampfes beobachten, dass eine Delegation von Zentrum Automobil auf einer Demonstration auftauchte. Die Demonstration wurde vom AfD-Landtagsabgeordneten Andreas Lichert organisiert, der ebenfalls dem „Flügel“ zugeordnet werden kann. Auf der Veranstaltung traten dann auch Oliver Hilburger und Horst S. als Redner auf (Jellonek 2019).

# 3.3. INTERVIEW „ES DROHT DIE SPALTUNG DER BELEGSCHAFT“

Sascha Schmidt, Gewerkschaftssekretär beim DGB Hessen-Thüringen im Gespräch über rechte Arbeitnehmer\*innenvertretungen.

## „Zentrum Automobil“ versucht auch in Rüsselsheim Fuß zu fassen. Wie bewerten Sie die Aktivitäten von ZA?

ZA trat in Rüsselsheim nicht mit einer eigenen Liste bei den Betriebsratswahlen in Erscheinung. Vielmehr bekannte sich ein Betriebsratsmitglied von Opel im Rahmen einer Veranstaltung des verschwörungstlastigen und in Teilen antisemitischen Magazins „Compact“ sowie in einem Video als Unterstützer von ZA. Dieser trat jedoch für die arbeitgeberfreundliche Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Betriebsangehöriger (UAB) an. Mitglieder der UAB haben sich in der Vergangenheit immer wieder gegen DGB-Gewerkschaften positioniert. Allerdings ging der Bundesvorsitzende der UAB, im Zuge der Berichterstattungen, deutlich auf Distanz gegenüber ZA. Letztlich war das Engagement des ZA-Sympathisanten auch keineswegs von Erfolg gekrönt. Die UAB hat vor Ort einen Sitz verloren – die IG Metall hat ihr bestes Wahlergebnis seit 1945 erreicht und zwei Sitze hinzugewonnen. ZA hatte in ihrer Kampagnenzeitung sowie auf Facebook allerdings fälschlicherweise suggeriert, vor Ort als Liste vertreten zu sein. Es handelte sich hierbei also um die übliche Form von rechten Fake-News – oder einfacher gesagt: um Falschdarstellungen.

## Die rechte Arbeitnehmer\*innenvertretung „Zentrum Automobil“ wurde durch das Netzwerk „Ein Prozent“ unterstützt. Das Netzwerk finanziert große Kampagnen der Neuen Rechten. Warum will die Neue Rechte unbedingt in die Betriebsräte?

Es geht Teilen der „Neuen Rechten“ – ebenso wie dem völkisch-sozialen Flügel innerhalb der AfD – darum, in der Arbeiter\*innenbewegung zu punkten. Im Juni 2018 schrieb einer der führenden Köpfe der „Neuen Rechten“, Götz Kubitschek, dass die Soziale Frage das „Kronjuwel“ der Linken sei und man darauf hinarbeiten müsse, es ihr abzugagen. Kurze Zeit später rekurrierte Björn Höcke auf diese Aussage. Über die Besetzung der Sozialen Frage von Rechts wollen die rech-

Sascha Schmidt ist Politikwissenschaftler und forscht seit vielen Jahren zur extremen Rechten. Er arbeitet für den DGB Hessen-Thüringen als Gewerkschaftssekretär und ist u.a. Referent für die Bekämpfung von Rechtspopulismus und der extremen Rechten.

ten Spektren linke Bewegungen – in den Betrieben die DGB-Gewerkschaften – schwächen. Ihnen ist bewusst, dass ohne eine Antwort auf soziale Fragen die Rechte in bestimmten Milieus nicht oder nur partiell punkten kann. Um auch unter Arbeiter\*innen die kulturelle Hegemonie zu erlangen, bemüht sich die „Neue Rechte“ um eine kapitalismuskritische Rhetorik. Einzelne Autor\*innen dieses Spektrums, wie beispielsweise Benedikt Kaiser, versuchen innerhalb der Szene eine inhaltliche Debatte hierzu zu führen. Bisher mit bescheidenem Erfolg.

## Welche Erfahrungen hat man bislang mit Vertreter\*innen von „Zentrum Automobil“ gemacht? Schlägt sich die rechte Gesinnung auch in der Mitarbeit im Betriebsrat nieder?

Die Kolleg\*innen, die mit Vertreter\*innen von

ZA in Betriebsratsausschüssen sitzen, berichten von einer hohen Schweigsamkeit seitens der ZA-Mitglieder. An der sehr mühevollen und oft kleinteiligen Arbeit in den Ausschüssen beteiligt sich ZA offenbar kaum. Doch statt dort für bessere Arbeitsbedingungen für die Kolleg\*innen zu streiten, ziehen es die ZA-Vertreter\*innen vor, die große Propaganda-Bühne zu suchen, Fake-News auf Facebook zu verbreiten oder sich im Werk als Kümmerer darzustellen und den Kolleg\*innen an den Maschinen auf die Schulter zu klopfen.

## In fast jedem Betrieb ist die Belegschaft heute divers. Menschen mit unterschiedlichsten Biographien arbeiten zusammen. Welche Gefahr geht an solchen Orten von rechter Propaganda aus?

Es droht bei offener Artikulation von rassistischen Ressentiments einerseits natürlich die Verletzung der Menschenwürde jedes\*jeder einzelnen Betroffenen. Es droht aber auch die Spaltung der Belegschaft. Eine solche Spaltung hätte möglicherweise sogar nennenswerte Folgen für den Betriebsablauf.

## Was kann das Kollegium vor Ort tun, um rechter Propaganda etwas entgegen zu setzen?

Zunächst sich ganz klar gegen menschenverachtende Ideologien und Hetze zu positionieren. Das geschieht faktisch auch in vielen, vor allem großen Betrieben. Immer wieder wird sich in Betriebsversammlungen klar gegen Rassismus u.v.m. ausgesprochen – häufig auch verbunden mit der gemeinsamen Verabschiedung eines weltoffenen Leitbildes oder einer Betriebsvereinbarung, durch die man die Menschenwürde verletzende oder demokratiefeindliche Positionen sanktionieren kann. Ein klares Bekenntnis der Betriebsräte vor Ort ist in jedem Fall ein wichtiges Zeichen an alle Kolleg\*innen im Betrieb, die von solchen Ideologien betroffen sind, ebenso eine Stärkung all jener, die so etwas im Alltag nicht hinnehmen wollen. Ohnehin stehen viele Betriebsräte als Ansprechpartner\*innen bei erfahrener Diskriminierung zur Verfügung und können Unterstützung leisten.

## Wie unterstützt der DGB Initiativen gegen Rechts in den Betrieben?

Für die Arbeit in den Betrieben bzw. mit den Betriebsräten sind zunächst die jeweiligen Mitgliedsgewerkschaften des DGB zuständig. Diese unterstützen die Arbeit der Betriebsräte in oben genannten Fällen und regen immer wieder auch Kampagnen gegen Diskriminierung im Betrieb, aber auch gegen die extreme Rechte außerhalb der Betriebe an. Jede DGB-Gewerkschaft, ebenso der DGB, produziert immer wieder Handreichungen zum Umgang mit der extremen Rechten. Viele bieten zudem in ihren Bildungsprogrammen vielfältige Veranstaltungen oder Workshops – beispielsweise in Form eines Argumentationstrainings – an. Der DGB sorgt auch diesbezüglich gewerkschaftsübergreifend für Austausch und Vernetzung. Auf dem DGB-Bundeskongress im Mai 2018 hat man sich klar gegen jede Zusammenarbeit mit der AfD ausgesprochen und ein Bekenntnis zum Antifaschismus als Grundpfeiler gewerkschaftlicher Arbeit bekundet. Die „Neue Rechte“ und die AfD sind sich dessen bewusst und greifen auch aus diesen Gründen den DGB und dessen Mitgliedsgewerkschaften an. Schon ihre geistigen Väter waren sich darüber im Klaren und bekämpften daher zuerst die Arbeiterbewegung und die ihnen nahestehenden Parteien. Die Folge war die Besetzung der Gewerkschaftshäuser am 2. Mai 1933 und die Zerschlagung der freien Gewerkschaften. Selbstkritisch muss man sagen, dass es auch in den Gewerkschaften damals eine Fehleinschätzung gab, zu welchem unvorstellbaren Terror die Nazis fähig sein würden. Dieser Fehler darf nie wieder gemacht werden.



Sascha Schmidt  
Foto:privat

## 3.4. DER III. WEG: ENTSTEHUNGSGESCHICHTE, IN DER REGION UND PROPAGANDA STRATEGIEN

„Der III. Weg“ ist eine extrem rechte Kleinpartei, die 2013 in Heidelberg gegründet wurde. Hintergrund der Gründung ist vermutlich, ähnlich wie bei der ein Jahr früher gegründeten Kleinpartei „Die Rechte“, der erhöhte Ermittlungsdruck gegen die rechte Kameradschaftsszene nach dem Auffliegen des rechtsterroristischen NSU sowie dem damals anstehenden Verbotverfahren gegen die NPD. Zudem schwellten seinerzeit Konflikte in der NPD um die programmatische Ausrichtung der Partei. Die AfD spielte noch keine Rolle und einige Funktionär\*innen in der Partei wollten die NPD stärker an rechtspopulistischen Parteien in Europa orientieren. Damit stießen sie viele Personen aus dem kameradschaftlichen Spektrum vor den Kopf. Ziel der Gründung vom „III. Weg“ war es rechtsextreme Strukturen (wie beispielsweise Kameradschaften) vor Verbotsverfügungen zu schützen, indem man den besonderen Schutzstatus nutzt, den Parteien in Deutschland genießen. (Voigt/ Erb 2015).

Eine Strategie, die bislang aufgegangen ist: Im Juli 2018 verkündete das Bundesinnenministerium eine Absage an die Bestrebungen des bayrischen Landtages ein Verbotverfahren gegen den „III. Weg“ weiterzuführen. In der Begründung hieß es, der „III. Weg“ erfülle momentan die Kriterien nach denen der Parteistatus zugebilligt wird. Zudem seien die vom Bundesverfassungsgericht im Urteil zum NPD-Verbotverfahren aufgestellten Bedingungen für ein Parteiverbot nicht erfüllt (Witzgall 2018).

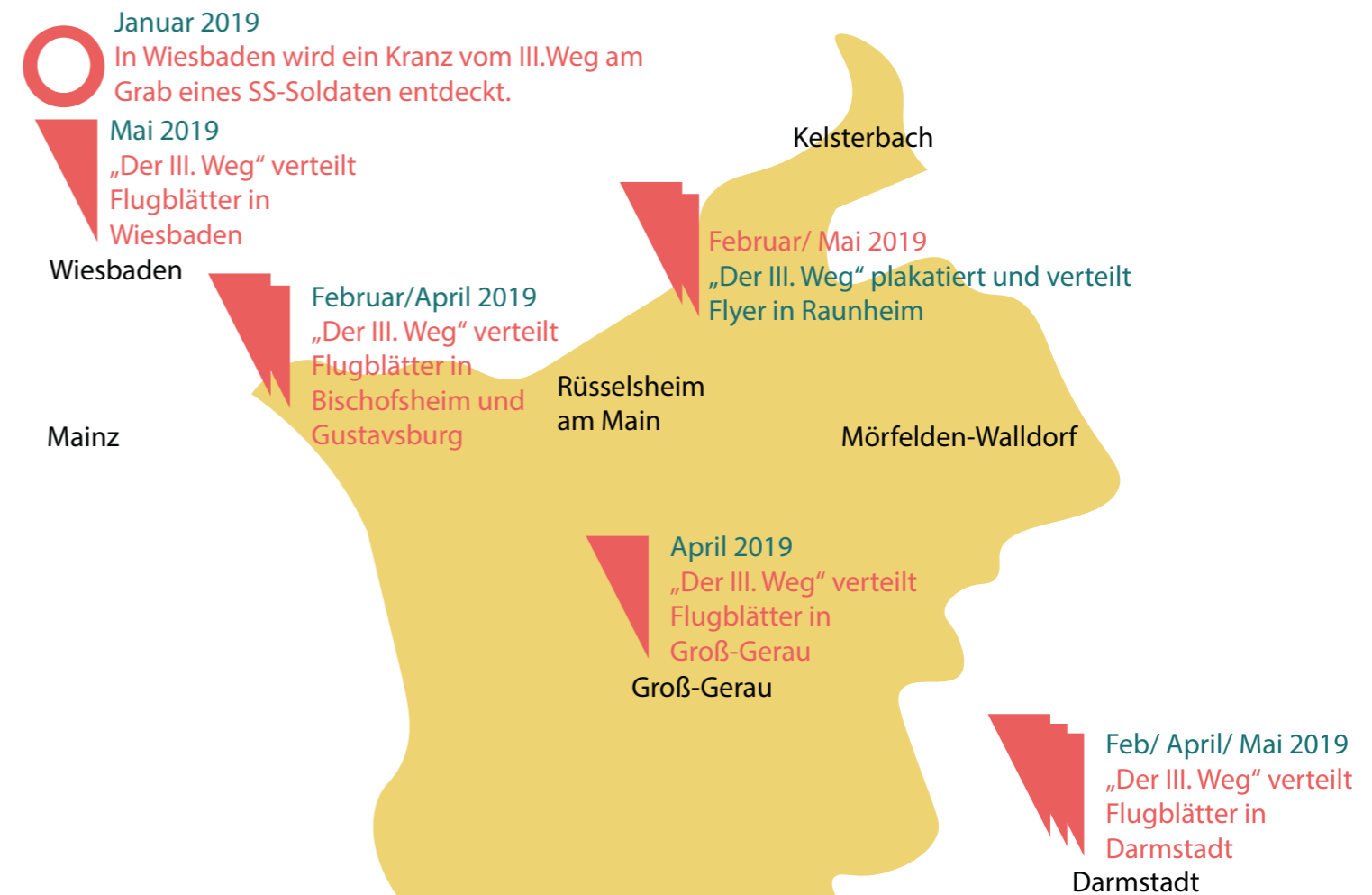
Der Gründungszweck spiegelt sich noch heute in der Mitgliederstruktur des „III. Weges“ wieder. Der Partei gehören ehemalige Funktionär\*innen und Mitglieder der NPD an und Personen, die zuvor in freien Kameradschaften aktiv waren. Der Bundesvorsitzende der Partei, Klaus Armstropp, leitete zuvor lange den rheinland-pfälzischen Landesverband der NPD. Im kameradschaftlichen Spektrum rekrutierte man unter anderem beim früheren bayrischen Kameradschaftsnetzwerk „Freies Netz Süd“, das im Juli 2014 verboten wurde. Im Jahr 2017 rech-

nete der Verfassungsschutzbericht der Partei 500 Mitglieder (BfV 2018: 51) zu. In Hessen sollen laut Verfassungsschutz 15 Personen der Partei angehören (LfV Hessen 2018). Der „III. Weg“ ist als Kaderpartei strukturiert, in der zwischen Voll- und Fördermitgliedschaften unterschieden wird. Interessierte können zunächst nur Fördermitglieder werden (Andreasch 2014). Bisher ist die Partei vor allem im Süden, Osten und Westen Deutschlands aktiv, während sie im Norden nicht präsent ist.

Die Ausrichtung der Partei ist klar rechtsextremistisch. Innerhalb des rechten Spektrums steht sie für einen unverblümten faschistischen Kurs. So erinnern Demonstrationen des „III. Weges“, durch das Nutzen von Fackeln, Uniformierung und dem Marschieren in Formation bewusst an Demonstrationen der NSDAP (siehe dazu die Illustration auf Seite 34–35). Auch die Titulierung des Parteiprogramms als „Zehn-Punkte-Programm“ kann als Anlehnung an das „25-Punkte-Programm“ der NSDAP gesehen werden. Der Parteiname „Der III. Weg“ nimmt Bezug auf die „Terza Posizione“, eine faschistische Bewegung in Italien in den 70er Jahren. Diese stand für die Verbindung von faschistischer Ideologie mit antikapitalistischen Positionen. Heute greift in Italien vor allem die Gruppierung „Casa Pound“ auf diese Ideologie zurück (Esposito 2005). Zwischen dem „Casa Pound“ und dem „III. Weg“ bestehen enge Verbindungen. Immer wieder reisen deutsche Parteimitglieder zu Veranstaltungen der faschistischen Gruppierung.

Der „III. Weg“ tritt zu Wahlen an – bislang erfolglos. Der Gewinn von Parlamentssitzen hat für die Partei keine Priorität. Die Wahlwerbung zielt auch in Wahlkämpfen vor allem auf die Rekrutierung von neuen Mitgliedern ab (Witzgall 2018). So richtet sich die Propaganda der Partei in erster Linie an Personen mit einem gefestigten rechtsextremen Weltbild.

Der „III. Weg“ ist nicht bundesweit flächendeckend präsent. Dort wo die Kleinstpartei aktive Mitglieder hat, hat sie regionale Gruppierungen



geschaffen, die sie als Stützpunkte bezeichnet. In Hessen gibt es zwei solche Stützpunkte: Einen Stützpunkt „Rheinhausen“, in dem vor allem Mitglieder aus dem Landkreis Groß-Gerau aktiv sind. Einen weiteren Stützpunkt mit der Bezeichnung „Westerwald-Taunus“, der vor allem in den Landkreisen Lahn-Dill und Limburg-Weilburg sowie im rheinland-pfälzischen Westerwaldkreis Aktivitäten entfaltet.

Dem Stützpunkt Westerwald-Taunus gehört der stellvertretende Vorsitzende des „III. Weges“ Matthias Herrmann an. Herrmann stammt aus der Kameradschaftsszene und galt als einer der führenden Köpfe des neonazistischen „Aktionsbüro Rhein-Neckar“ (Wißmann 2015). Er soll unter anderem auch maßgeblich an der Entstehung einer rechtsextremen Schulhof-CD beteiligt gewesen sein (Braun/Maegerle 394). Zudem war er früher bei der 2009 verbotenen „Heimattreuen Deutschen Jugend“ (HDJ). Die HDJ war dafür bekannt rechte Zeltlager für Jugendliche zu organisieren, mit dem Ziel diese an rechtsextreme Weltbilder heranzuführen.

Beim Stützpunkt Rheinhausen deutet vieles darauf hin, dass es große personelle Überschneidungen mit den „Autonomen Nationalisten Groß-Gerau“ (ANGG) gibt. Im Jahr 2017 wurde in

der Propaganda nach außen noch von gemeinsamen Aktion der ANGG und des „III. Weges“ gesprochen (ANK Bergstraße 2017). Inzwischen tritt ANGG kaum noch in Erscheinung. Dafür ist nun der „III. Weg“ recht aktiv in Groß-Gerau. 2019 verteilten Mitglieder des III. Weges nach eigenen Angaben mehrfach Flyer im Landkreis Groß-Gerau: Am 13. Februar in Raunheim und Bischofsheim, am 3. März in Biebesheim und Raunheim und 2. April in Gustavsburg. Am 18. Mai plakatierte die Kleinpartei nach eigenen Angaben Europa-wahlplakate in Raunheim. Auch der Auftritt der ANGG in den Sozialen Medien deutet darauf hin: Auf Twitter verbreitet der ANGG inzwischen hauptsächlich Werbung des „III. Weges“.

Auch wenn die regionalen Aktivitäts-Schwerpunkte in den Stützpunkten liegen, ist die Kleinpartei auch darüber hinaus in Hessen in Erscheinung getreten. So wurde im Januar 2019 ein mutmaßliches Mitglied des „III. Weges“ bei einer Kranzniederlegung am Grab eines ehemaligen SS-Angehörigen in Wiesbaden beobachtet. Am 16. Februar 2019 fand zudem eine Demonstration des „III. Weges“ unter dem Motto „Ein Licht für Dresden“ in Fulda statt, an der ungefähr 130 Personen beteiligt waren. Inhaltlich wurde bei der Demo vor allem der geschichtsrevisionistische Opfermythos um die Bombardierung von Dresden im 2. Weltkrieg gepflegt.

# „III. Weg“: Kleine Demos schlagen große Wellen - durch gezielte Propagandatricks

An Demonstrationen vom „III. Weg“ beteiligen sich fast ausschließlich Parteimitglieder. Obwohl die Aktivist\*innen bereits Wochen vorher Flyer verteilen, schließen sich kaum Bürger\*innen den Protesten an. Trotzdem entfalten die Demonstrationen vom „III. Weg“ medial eine große Wirkung. Mit diesen Tricks macht die Partei aus ihren Aufmärschen Aufreger-Themen:

Während bei anderen rechtsextremen Organisationen vor allem Deutschlandfahnen getragen werden (bei einigen die aktuelle, bei anderen die alten Reichsfarben Schwarz-Weiß-rot), dominiert bei Demos vom „III. Weg“ dunkelgrün. Die Partei vermarktet also vor allem sich selbst.

Die Partei setzt bei Demos sehr stark auf „Uniformierung“ und auf geordnete Formationen. Damit will der „III. Weg“ das Bild von Disziplin und Stärke nach außen senden. Assoziationen zu den Auftritten der NSDAP in den 30er Jahren sind von der Partei beabsichtigt. Trommler\*innen verstärken diesen Eindruck zusätzlich.

Hochplakate schweben anders als Transpis über den Köpfen der Teilnehmenden. Dadurch sind die Botschaften besser zu lesen und die Menge wirkt größer als sie eigentlich ist. Vor allem wenn sich die Partei anderen Protesten anschließt, wirkt dieser Effekt: Auf Pressebildern sieht man danach vor allem die Botschaften vom „III. Weg“.

Auch ein beliebtes Propagandamittel sind Verkleidungen. Bei Demos laufen dann beispielsweise als Tod kostümierte Teilnehmende mit, die eine US-Flagge mit sich führen. So kann der „III. Weg“ seine einfachen Freund-Feind-Schemata in wirksame Bilder übersetzen.

Der „III. Weg“ setzt in seiner Propaganda gezielt auf Provokationen und auf die Wirkung seiner Bilder.

Deshalb sind wir gefordert, diese Wirkung nicht zusätzlich zu verstärken.

Insbesondere sollte man daher beim Teilen von Bildern, die Aufmärsche des „III. Wegs“ zeigen, überlegen, ob dadurch die Propaganda der Partei weiter verbreitet wird.

# 3.5. WEITERE EXTREM RECHTE GRUPPEN IN DER REGION UND IN HESSEN

Parteien, Kameradschaften und die Identitäre Bewegung: In der weiteren Umgebung des Kreises Groß-Gerau und in Hessen tritt die extrem rechte Szene in verschiedenen Formationen auf. Eine Auswahl:

## „Kameradschaft Rheinhessen“



**Kameradschaft Rheinhessen**  
Foto: achtsegel.org

Die Kameradschaft Rheinhessen tritt mit dem klassischen Slogan rechtsextremer Kameradschaften in Deutschland auf: „frei, sozial, national“. Kein Wunder, denn die 2018 erstmals beobachtete Gruppierung, setzt sich aus Personen zusammen, die schon lange im subkulturellen Rechtsextremismus aktiv sind, beispielsweise einschlägige Rechtsrock-Events besuchen. Eng verbunden ist die Kameradschaft Rheinhessen mit dem „Widerstand Zweibrücken“, der „Initiative Südwest“ und der Partei „Die Rechte“ (afax 2019). In Hessen besuchte die Kameradschaft Rheinhessen eine Demonstration in Kassel der Partei „Die Rechte“. Die Demonstration richtete sich gegen „Hetze gegen Rechts“ und war ein zynischer Aufgriff des Mordanschlags auf den Politiker Walter Lübcke durch einen Rechtsextremen.

## „Die Rechte“



**Die Rechte - Hessen**  
Foto: achtsegel.org

Unter den rechtsextremen Kleinparteien ist „Die Rechte“ in Hessen am wenigsten organisiert. Zeitweise gab es keinen eigenen Landesvorstand. Seit 2019 gibt es wieder einen (Blick nach rechts 2019). Dennoch zählt die Partei kaum Anhänger\*innen in Hessen. Eine Demonstration in Kassel 2019 wurde maßgeblich von Personen aus anderen Bundesländern organisiert und besucht.

## „Kameradschaft Aryans“

Die „Kameradschaft Aryans“ ist eine Neonazi-Kameradschaft mit Mitgliedern aus Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt. Der Namen leitet sich von dem Begriff Arier ab, einer von Rassisten imaginierten weißen Rasse. Bekannt wurde sie vor allem durch einen sehr gewalttätigen Überfall 2017 am Rande einer Demonstration von „Die Rechte“ in Halle (Knothe 2019). Der Kameradschaft gehören unter anderem Neonazis aus dem Main-Kinzig Kreis, aus Offenbach sowie aus der Umgebung von Mainz und Aschaffenburg an.

## NPD

Die bekannteste Partei im rechtsextremen Spektrum ist die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD). Hessen war traditionell eine der Hochburgen der NPD. 1966 konnte die Partei sogar mit 7,9% in den Hessischen Landtag einziehen. Es blieb allerdings bei einer einzigen Legislaturperiode und die NPD verpasste 1970 die 5-Prozent-Hürde. Bei den Landtagswahlen 2018 kam die NPD auf 0,2% der Stimmen. Laut Verfassungsschutzbericht verfügt die NPD in Hessen etwa über 250 Mitglieder (LfV Hessen 2018). Zuletzt fiel die Partei vor allem mit Tarnkampagnen auf, die den Bezug zur NPD auf den ersten Blick verschleiern. Beispielsweise inszenierte man sich unter dem Titel „Schutzzone“ als Bürgerwehr in verschiedenen hessischen Orten. Die Aktionen dauerten dabei jeweils nur wenige Minuten und wurden von einigen wenigen Aktivist\*innen durchgeführt. Im Netz stellte man diese Aktionen gleichwohl wesentlich größer dar, als sie eigentlich waren. Außerdem reaktivitierte die Partei ihre Tarnkampagne „Schuelersprecher.info“ bei der im Umfeld von Schulen Propaganda-Materialien verteilt werden.

## „Combat 18“

Combat 18, ausgesprochen etwa „Kampfgemeinschaft Adolf Hitler“ ist ein weltweit bestehendes rechtsterroristisches Netzwerk. Die Organisationsstruktur besteht aus relativ kleinen Zellen, die unabhängig von einander aktiv werden. Diese Strategie wird auch als „führerloser Widerstand“ bezeichnet. Die Szene ist sehr klandestin organisiert und um Anonymität bemüht. 2018 wurde bekannt, dass in Hessen um Stanley R. eine Combat 18-Struktur besteht. R. lebt in Kassel und hat vor allem zur dortigen rechtsextremen Szene Bezüge. Auch der mutmaßliche Mörder von Walter Lübcke steht im Verdacht, zumindest in der Vergangenheit Kontakte zu Combat 18-Strukturen gehabt zu haben (EXIF 2018).

## „Identitäre Bewegung“

Die „Identitäre Bewegung“ ist eine der bekanntesten rechtsextremen Gruppierungen. In Deutschland wurde sie 2014 gegründet. Ideologisch vertritt sie die Positionen der Neuen Rechten. In Hessen sollen die Identitären laut Verfassungsschutz etwa 80 Mitglieder haben (LfV Hessen 2018). Laut eigenen Angaben bestehen 10 Ortsgruppen in Hessen, darunter in Wiesbaden, Frankfurt und Darmstadt. Der 2019 amtierende Sprecher der Identitären in Hessen lebt in Marburg. In den vergangenen Jahren fiel die Gruppe durch Aktionen in Frankfurt und Wiesbaden auf. Allerdings werden in der Regel viele lokale Aktionen der Identitären von Mitgliedern aus anderen Orten unterstützt oder durchgeführt. Ihren Bekanntheitsgrad schöpfen die Identitären vor allem aus ihren Aktivitäten in Sozialen Netzwerken, wo die sie enorme Reichweiten erzielen können. Nach außen gibt sich die Gruppierung gerne gemäßigt und verzichtet auf historisch belastete Begriffe und offene Bezüge zur Zeit des Nationalsozialismus. Auch versucht man sich als gewaltfreie Gruppierung zu verkaufen. Tatsächlich ist das Gedankengut der Identitären Bewegung eindeutig im Rechtsextremismus zu verorten. Hinter Schlagworten wie „Remigration“, „Reconquista“ oder „der große Austausch“, versteckt sich eine Ideologie des Blut-und-Boden-Gedankens. Die Identitären zielen damit auf die Errichtung einer ethnisch homogenen Gesellschaft ab und ist dazu bereit weite Teile der Bevölkerung auszuschließen und ihrer Grundrechte zu berauben. Die Identitäre Bewegung verfügt über enge Kontakte zur deutschnationalen Burschenschaftsszene, dem Neu-Rechten Institut für Staatspolitik und zur Alternative für Deutschland (insbesondere der Jugendorganisation Junge Alternative). In Hessen reichen diese Kontakte bis in den Landtag: AfD-MdL Andreas Lichert war beim Ankauf einer Immobilie in Halle beteiligt, die heute von den Identitären genutzt wird (Majic 2017).

## Neue Rechte

Unter dem Schlagwort „Neue Rechte“ versuchen verschiedene Akteur\*innen rechtes Gedankengut zu erneuern. Ihr Ziel ist es, rechte Politik vom Ruch des Nationalsozialismus zu befreien. Ideologisch knüpft man deshalb an rechte Vordenker der Weimarer Zeit an. Strategisch setzt man unter dem Schlagwort „Kulturrevolution“ oder auch „68 von rechts“ vor allem darauf, den gesellschaftlichen Diskurs nach rechts zu verschieben (vgl.: Pfahl-Traugher 2019).

Die bekannteste Organisation der Neuen Rechten in Deutschland ist das Institut für Staatspolitik. In leitender Funktion war dort zeitweise der hessische AfD-Landtagsabgeordnete Andreas Lichert aktiv (Joachim 2016). In Youtube-Videos des Instituts tritt Lichert gemeinsam mit führenden Köpfen der rechtsextremen Identitären Bewegung auf (YouTube 2015). Nach wie vor wird Lichert als Kontakt für die „Titurel-Stiftung“ geführt, die ebenfalls der Neuen Rechten zugeordnet werden kann.



**Gelbwesten Wiesbaden**  
Foto: achtsegel.org



**Andreas Lichert**  
Foto: achtsegel.org

## Querfront-Mobilisierungen

Im Rhein-Main-Gebiet formieren sich seit 2018 extrem rechte Gruppierungen unter verschiedenen Namen und mobilisieren zu Demonstrationen. Die verschiedenen Gruppierungen wie „Beweg Was Mainz“ oder „Gelbwesten Wiesbaden“ arbeiten dabei eng zusammen. Gemeinsam setzen sie bei der Mobilisierung auf die sogenannte „Querfront-Strategie“. Diese äußert sich beispielsweise in der Selbstverortung, „weder rechts noch links“ zu sein. Tatsächlich wird bei den Demonstrationen und in den zugehörigen Social-Media-Gruppen jedoch rechtes Gedankengut propagiert. Vor allem Verschwörungstheorien, aber auch Propaganda der NPD, wird in diesen Gruppen geteilt (YouTube 2019).

## Völkische Siedler\*innen

Rund 1000 Menschen werden in Deutschland der Szene der völkischen Siedler\*innen zugerechnet. Mitglieder dieser Szene besiedeln ländliche Gebiete und leben dort nach völkischer Ideologie. Bereits im Kindesalter wird der Nachwuchs indoktriniert. Bekannt sind Ansiedlungen in Nordhessen. Zudem ist das „Thule-Seminar“ in Kassel ein beliebter Veranstaltungsort der Szene (Podjavorsek 2017). Die relativ junge „Anastasia-Bewegung“, die ebenfalls dem Spektrum zugeordnet werden kann, wollte am Edersee 2019 ein Festival durchführen. Nach Bekanntwerden der Pläne kündigte die örtliche Jugendherberge jedoch den Mietvertrag (Renner 2019). Nach Recherchen des rbb-Magazins Kontraste sind 17 Siedlungen der Bewegung am Entstehen, die diese als „Familienlandsitze“ bezeichnet. Die Anführer\*innen der Anastasia-Bewegung pflegen auch Kontakte zu Reichsbürger\*innen, Holocaust-Leugner\*innen und Anhänger\*innen der „Identitären Bewegung“ (Duwe/Wandt 2019).



**Anastasia Bewegung**  
(Quelle: Facebook)

## Reichsbürger\*innen

Reichsbürger\*innen gibt es bereits seit den achtziger Jahren. Allerdings wurden sie lange Zeit als randständiges Phänomen nicht ernst genommen und als harmlose Spinner\*innen abgetan. Erst nach einem Vorfall im bayrischen Georgensgmünd im Oktober 2016, bei dem ein Polizist starb und drei weitere verwundet wurden, änderte sich die Wahrnehmung der Reichsbürger\*innenbewegung in der breiteren Öffentlichkeit. Ein 49-jähriger Reichsbürger schoss auf ein Spezialeinsatzkommando der Polizei, nachdem diese versuchten auf seinem Grundstück Waffen zu beschlagnahmen. Daraufhin wurden in den vergangenen Jahren genauere Zahlen zu der Szene vom Verfassungsschutz veröffentlicht, die zeigen, dass die Reichsbürger\*innenszene über eine relativ große Anhängerschaft verfügt. Bundesweit gab es 2017, laut dem Verfassungsschutz, 16500 Reichsbürger\*innen, davon etwa 1000 in Hessen (LfV Hessen 2018: 77). Reichsbürger\*innen glauben, dass die Bundesrepublik Deutschland kein souveräner Staat sei und dass das Deutsche Reich fortbestünde. Dabei argumentieren die Reichsbürger\*innen mit juristisch falschen Interpretationen von Dokumenten und Gesetzestexten (Speit 2017).

## Antikapitalistisches Kollektiv (AKK)

Das AKK-Netzwerk ist ein Zusammenschluss verschiedener Neonazi-Gruppierungen. Vor allem junge Menschen aus der Szene schlossen sich dem Netzwerk an. Das Netzwerk duldet Doppelmemberschaften, man konnte also in rechtsextremen Parteien und dem Antikapitalistischen Kollektiv aktiv sein (Seydack 2017). Bereits im Namen versuchte die Gruppierung linke Themen aufzugreifen. Auch in ihren Aktionsformen und Auftritten bei Demonstrationen kopierte das AKK linke Strategien. Bewusst versuchte man auch linke Demonstrationen, beispielsweise gegen die Europäische Zentralbank in Frankfurt, zu unterwandern. Auch im Kreis Groß-Gerau war die Gruppierung aktiv. Seit über einem Jahr sind jedoch bundesweit kaum noch Aktivitäten des AKK zu beobachten. Die Social-Media-Accounts werden ebenfalls nicht mehr aktualisiert.

## 3.6. Rechtsextremismus erkennen



Diese Bilder zeigen Menschen in ganz unterschiedlichen Outfits. Vom „Normalo“, über den Stoffbeutel-Träger, der Trachtenhose bis zum klassischen Skinhead-Look. Alle Bilder stammen vom selben Tag. Sie zeigen Teilnehmer\*innen einer Demonstration der rechtsextremen Kleinstpartei „Die Rechte“ in Kassel. Wie man sieht, gibt es nach wie vor Rechtsextreme in Springerstiefeln mit Glatzen. Dieser Look, der häufig mit Rechtsextremismus gleichgesetzt wird, ist aber längst nicht mehr der einzige Kleidungsstil auf rechten Versammlungen. Das hat mehrere Gründe: Da heute jede\*r selbst mit wenig Aufwand T-Shirts und Pull-over gestalten und bedrucken lassen kann, gibt es heute viel mehr rechtsextreme Labels als in den 1990er Jahren. Zudem wollen viele Mitglieder rechtsextremer Organisationen

nicht auf den ersten Blick als Anhänger\*innen der Szene erkannt werden. Sie tragen daher unauffälligere und weniger martialische Aufdrucke als früher. Oder sie verzichten ganz auf Szene-Labels und kopieren die Looks anderer Subkulturen, wie beispielsweise der Ultra-Szenen aus den Fußball-Fankurven. Im Ergebnis heißt das: Rechtsextremismus ist nicht mehr (und war es vielleicht auch nie) so einfach an Szene-Klamotten zu erkennen. Immer noch werden Zahlencodes und politische Botschaften auf T-Shirts und Co gedruckt. Oft werden die Botschaften dabei in auf den ersten Blick harmlosen oder unpolitischen Motiven untergebracht. Wer sich dennoch schlau machen will, über Rechtsextreme Modemarken, Codes und Symbole, der findet in folgenden Materialien hilfreiche Informationen:

Ein Überblick über die Styles und Codes der rechten Szene bietet das Portal „Das Versteckspiel“ und die dazugehörige Broschüre der „Agentur für soziale Perspektiven“.

→ [dasversteckspiel.de](http://dasversteckspiel.de)

Ebenfalls zu dem Thema zu empfehlen sind die Text auf der Seite des „Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismussarbeit in NRW“ (IDA-NRW).

→ [ida-nrw.de/themen/rechtsextremismus/symbolik](http://ida-nrw.de/themen/rechtsextremismus/symbolik)

Für eine tiefergehende, wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Wandel rechtsextremer Kleidung lohnt sich auch die Lektüre von „The Extreme gone Mainstream - Commercialization and Far Right Youth Culture in Germany“ der Soziologin Cynthia Miller-Idriss.

Die interaktive Webseite „Kein Raum für Rechts“ der „Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN Niedersachsen“ bietet einen Einblick in Styles und Codes sowie rechtsextreme Lebenswelten.

→ [kein-raum-fuer-rechts.de](http://kein-raum-fuer-rechts.de)

## Menschenfeindlichkeit widersprechen

Rechte Parolen gegen Migrant\*innen, gegen Asylbewerber\*innen oder Menschen mit anderer sexueller Orientierung sind, das zeigen die Studien über Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, in der Mitte der Gesellschaft angekommen und werden längst nicht mehr nur von organisierten Rechtsextremist\*innen geäußert. Beschleunigt wird diese Entwicklung durch die Propaganda rechtspopulistischer Parteien. Umso wichtiger ist es deshalb, im Alltag, im Betrieb, in der Kneipe oder im Supermarkt zu widersprechen, wenn

Menschen abgewertet werden. Machen Sie deutlich, dass solche Positionen nicht von allen geteilt werden und als das wahrgenommen werden, was sie sind: Ein Tabubruch, der in einer demokratisch verfassten, vielfältigen Gesellschaft nicht akzeptabel ist. Wie man Widerspruch leisten kann, wie man Hass und Hetze mit Argumenten begegnen kann, darüber informieren eine Vielzahl von Broschüren und Büchern, einige davon können kostenlos bezogen werden:

Die App „KonterBUNT – Einschreiten für Demokratie“ der „Landeszentrale für politische Bildung des Landes Sachsen-Anhalt“ und der „Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung“ sowie die dazugehörige Webseite bieten viele Informationen zu Argumentationstrategien gegen rechte Parolen an. Zudem können diese Strategien in einem Mini-Spiel getestet werden.

→ [konterbunt.com](http://konterbunt.com)

Ein Argumentations- und Handlungstraining gegen menschenverachtende Einstellungen bietet das „Netzwerk Demokratie und Courage“ an. Es richtet sich an Multiplikator\*innen, Sozialpädagog\*innen, Lehrer\*innen, Gewerkschafter\*innen, Kommunalpolitiker\*innen und andere antirassistisch engagierte Menschen.

→ [netzwerk-courage.de](http://netzwerk-courage.de)

# 3.7. Das hilft gegen Rechtsextremismus



## Stimmen von Betroffenen stärken:

Wenn über Rechtsextremismus gesprochen wird, dann wird häufig über die Täter\*innen gesprochen, oft auch mit ihnen. Viel seltener kommen jedoch die Betroffenen von Rechtsextremismus zu Wort. Das liegt unter anderem daran, dass Menschen, die nicht in das Weltbild von Rechtsextremen passen, häufig gesellschaftlichen Minderheiten angehören. Diese sind im öffentlichen Diskurs strukturell unterrepräsentiert. Obdachlose, Homosexuelle, Zugewanderte, geflüchtete Menschen, Angehörige nicht-christlicher Glaubensgemeinschaften, Menschen mit niedriger formaler Bildung, oder Menschen mit Behinderung haben es schwer, ihre Positionen in öffentliche Diskurse einzubringen. Hauptursache dafür sind fehlende Netzwerke und Zugänge zu Multiplikator\*innen der öffentlichen Meinungsbildung. Viele der genannten Gruppen sind beispielsweise in der Politik oder unter Medienschaffenden unterrepräsentiert. Die Perspektiven und Erfahrungen dieser Menschen sichtbar zu machen, ist ein wichtiger Baustein zur Prävention von rechtsextremen Einstellungen: Sie schaffen Vertrauen, bauen Vorurteile ab und sorgen dafür, dass mehr Menschen am öffentlichen Diskurs teilnehmen können.



## Rechtsextreme Vorfälle melden:

Die Fachstelle gegen Rechtsextremismus und Rassismus im Kreis Groß-Gerau hat eine eigene Meldestelle für rechtsextreme Vorfälle eingerichtet. Dort können Sie online und unkompliziert mitteilen, wenn Sie einen rassistischen oder rechten Übergriff erlebt oder beobachtet haben. Wichtig ist, dass kurz beschrieben wird, was, wo und wann vorgefallen ist. Mitarbeiter\*innen vom Kreis setzen sich für weitere Nachfragen mit Ihnen in Verbindung und leiten, wenn das gewünscht ist, weitere Schritte ein.

Ihre Angaben werden streng vertraulich behandelt und werden ggf. nur nach Absprache und Ihrem Einverständnis anonymisiert an Dritte weitergegeben.

→ [kreisgg.de/vorfall](https://kreisgg.de/vorfall)



## Beratungsstellen kontaktieren:

In Hessen gibt es verschiedene Beratungsstellen, die Sie kostenlos bei Problemlagen im Bereich Rechtsextremismus unterstützen. Eine Auswahl dieser Stellen findet sich hier:

### ADiBe Netzwerk Hessen

Das ADiBe Netzwerk Hessen berät Menschen, die aufgrund der ethnischen Herkunft, Religion, sexuellen Orientierung, des Geschlechts, Lebensalters oder einer Behinderung Diskriminierung erfahren haben, beispielsweise bei der Job- oder Wohnungssuche, auf Ämtern oder in der Freizeit.

→ [adibe-hessen.de](https://adibe-hessen.de)

### beratungsNetzwerk Hessen - gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus

Rechtsextreme Stimmungen an einer Schule, rassistische Stammtischparolen, Neonazis im Jugendclub, antisemitische Schmierereien – solche diskriminierende Vorfälle gehören zum Alltag auch in vielen hessischen Kommunen. Um diese Konflikte angemessen bewältigen zu können, bietet das „beratungsNetzwerk hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ professionelle Beratungshilfe an. Es berät hessenweit Betroffene, Schulen, Eltern und Familienangehörige, Kommunen, Vereine und andere Hilfesuchende in Fällen von Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus oder Salafismus und bietet eine breite Palette präventiver Maßnahmen an. Die Beratung ist individuell, vertraulich und

kostenlos.

Mittlerweile hat das Demokratiezentrum Hessen zwei Regionalstellen: Die Regionalstelle Nord-/Osthessen beim Mobilien Beratungsteam Hessen (MBT) in Kassel und die Regionalstelle Südhessen im „Haus am Maiberg“ in Heppenheim.

Die Regionalstelle Süd des Hessischen Demokratiezentrums arbeitet vor allem in den Landkreisen Darmstadt, Groß-Gerau, Odenwald und Bergstraße in Südhessen. Sie bietet bedarfsorientierte Beratung für Organisationen und Einzelpersonen nach Vorkommnissen mit einem rechtsextremen, antisemitischen, rassistischen oder antidemokratischen Hintergrund. Außerdem ist sie Anlaufstelle für Fragen zur Prävention und Demokratieförderung in den Themenfeldern Rechtsextremismus, Islamismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

→ [haus-am-maiberg.de](https://haus-am-maiberg.de)

### Beratungsstelle Hessen von Violence Prevention Network (VPN)

Die Beratungsstelle Hessen von Violence Prevention Network wendet sich an Jugendliche, Eltern und Fachpersonal mit Fragen im Themenfeld Extremismus. Sie bietet Maßnahmen der Prävention, Intervention und Deradikalisierung als Antwort auf die allgemeine Hilflosigkeit im Umgang mit religiös begründetem Extremismus an. Die Beratungsstelle fördert die Stärkung der Toleranz von unterschiedlichen Weltansichten sowie die Früherkennung, Vermeidung und Umkehr von Radikalisierungsprozessen. Die Intervention bei beginnenden Radikalisierungsprozessen und die zielgerichtete Deradikalisierungsarbeit setzen dort an, wo Menschen einen Ausweg aus extremistischen Ideologien suchen.

→ [beratungsstelle-hessen.de](https://beratungsstelle-hessen.de)

### IKARus Hessen

IKARus Hessen ist ein Informations- und Kompetenzzentrum und unterstützt Menschen, die in rechtsextremen Szenen aktiv sind oder mit ihnen sympathisieren und den Gedanken in sich tragen, aber aus dieser Szene aussteigen möchte. Diese Entscheidung braucht nicht nur Mut, sondern professionelle Beratung und Begleitung.

→ [ikarus-hessen.de](https://ikarus-hessen.de)

### Mobile Beratung gegen rechtsextreme, rassistische oder andere menschenfeindliche Haltungen

Das mobile Interventionsteam gegen rechts-extreme, rassistische oder andere menschenfeindliche Haltungen des beratungs-Netzwerks hessen ist angesiedelt in der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt am Main. Das mobile Beratungsteam berät Einzelpersonen, Initiativen, Kommunen, Vereine und Verbände sowie Jugend- und Bildungseinrichtungen in ihrem Engagement vor Ort in ganz Hessen.

→ [bs-anne-frank.de](http://bs-anne-frank.de)

### RAHMA e.V. - Muslimisches Zentrum für Mädchen, Frauen und Familie

RAHMA e.V. ist eine Anlauf- und Beratungsstelle für Mädchen und Frauen mit muslimischem Hintergrund und setzt sich gegen antimuslimische Diskriminierung und antimuslimischen Rassismus ein. In Fällen von Diskriminierung und Rassismus erhalten Betroffene Beratung, Unterstützung und Begleitung. Mädchen und Frauen, aber auch Multiplikator\*innen (wie Lehrer\*innen), werden mit Bildungs- und Empowermentangeboten in Workshops, Fortbildungen etc. bestärkt, sich engagiert gegen Rassismus und Diskriminierung zu behaupten.

→ [rahmazentrum.de](http://rahmazentrum.de)

### response.

response. berät Betroffene von rechter und rassistischer Gewalt. Die Beratungsstelle unterstützt bei der Traumabewältigung, hilft durch Orientierung im Strafrecht und Empowerment im Alltag.

→ [response-hessen.de](http://response-hessen.de)

### rote linie – Pädagogische Fachstelle Rechtsextremismus

Die rote linie ist eine pädagogische Fachstelle. Im Themenfeld Rechtsextremismus ist sie in ganz Hessen Ansprechpartnerin für Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe, für Fachkräfte an Schulen und in Betrieben, für Eltern und Angehörige, für besorgte oder gefährdete Jugendliche, für Mitarbeitende der kommunalen Verwaltung, der Justizvollzugsanstalten, der

Vereine, Verbände, Kirchen und Ehrenamtliche sowie für Behörden und Kommunalpolitiker\*innen.

Die Mitarbeiter\*innen der roten Linie unterstützen vor Ort. Die Hilfen und Angebote sind vertraulich, unproblematisch und kostenfrei.

→ [rote-linie.net](http://rote-linie.net)



### Bündnisse schmieden, Bündnisse beitreten, Anlaufstellen kontaktieren:

Rechtsextreme und rechtspopulistische Kräfte arbeiten an einer Spaltung der Gesellschaft. Sie setzen darauf Gruppen, Organisationen und Institutionen, die von ihnen angegriffen werden, zu isolieren. Die beste Reaktion auf diese Versuche ist Prävention: Das proaktive Schmieden von Bündnissen zwischen verschiedenen Organisationen und gesellschaftlichen Gruppen. Starke Bündnisse auf lokaler Ebene, in denen man einander kennt und vertraut, ermöglichen schnelle Solidarität zwischen Betroffenen von menschenfeindlichen Kampagnen. Je breiter diese Bündnisse aufgestellt sind, desto besser. Die Neugründung lokaler Bündnisse gegen Rechts erfordert viel Engagement und Zeit. Dabei müssen mitunter auch Konflikte und Berührungängste abgebaut werden.

Folgende Bündnisse und Anlaufstellen bestehen im Kreis Groß-Gerau:

[Netzwerk gegen Rechtsextremismus und Rassismus im Kreis GG](#)

[Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus Groß-Gerau](#)

[Förderverein Jüdische Geschichte und Kultur im Kreis Groß-Gerau e.V.](#)

[Gegen Vergessen Für Demokratie e.V., Regionale Arbeitsgruppe Südhessen](#)

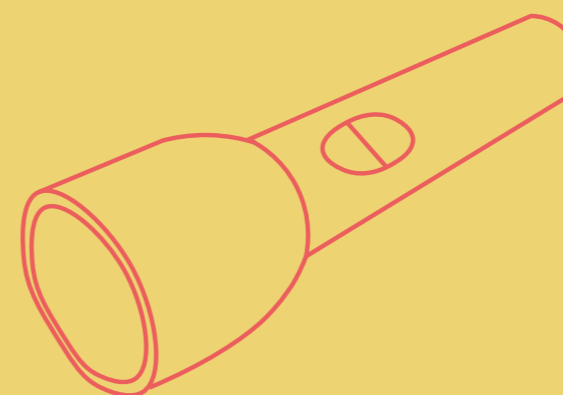
[Integrationsbüro Stadt Mörfelden-Walldorf](#)

[Interkulturelles Büro Rüsselsheim am Main](#)

[Margit-Horváth-Stiftung](#)

**Kontakt Daten zu allen aufgeführten Bündnissen finden Sie auf:**

→ [kreisgg.de/info-pool](http://kreisgg.de/info-pool)



### Über Rechtsextremismus aufklären:

Gegen rechtsextreme und menschenfeindliche Strukturen kann nur aktiv werden, wer für die Problematik sensibilisiert wurde. Daher sind Veranstaltungen, bei denen über rechtsextreme Politik, Strukturen und Gefahren aufgeklärt wird, eine wichtige Basis für das Engagement gegen Rechts. Dabei kommen nicht nur klassische Vorträge in Frage, sondern auch zielgruppenspezifische Workshops oder auch Filmvorführungen oder Theaterstücke. Bei der Organisation und Finanzierung solcher Veranstaltungen steht Ihnen die Fach-



stelle gegen Rechtsextremismus und Rassismus im Kreis GG gerne mit Rat zur Seite.

### Organisationen, Institutionen und Vereine: Über Leitbilder Position beziehen:

Öffentliche Institutionen wie Bildungseinrichtungen und Bibliotheken, Sport- und Kulturvereine oder Organisationen sind wichtige Träger\*innen demokratischer Kultur und Werte vor Ort. Durch ihre Angebote wirken sie in die Gesellschaft und erreichen viele Menschen. Auch Organisationen, die keinen unmittelbaren Auftrag haben, politisch zu wirken, können sich klar für demokratische Werte positionieren. Über sogenannte Leitbilder können sie nach außen erklären, warum für ihre Tätigkeiten und Angebote demokratische Werte erforderlich sind und festlegen, dass sie in ihren Strukturen kein diskriminierendes oder rassistisches Verhalten dulden.

## Quellenverzeichnis:

Achtseigel (2018): o.T. Online abrufbar unter: <https://twitter.com/chtseigel/status/1056877027570139136> (Zuletzt abgerufen am: 09.08.2019).

afax (2019): Kameradschaft Rheinhessen. Online abrufbar unter: <http://afax.blogspot.eu/archive/326> (Zuletzt abgerufen am: 09.08.2019).

AfD Groß-Gerau (2017): Anfrage: „Willkommensstruktur für Flüchtlinge“ und „Züge der Hoffnung“. Online abrufbar unter: <https://gg.afd-hessen.org/7245-2/> (Zuletzt abgerufen am: 09.08.2019).

AfD Hessen (2018): Pressemitteilung AfD Landesvorstand Hessen Nr. 40 / 2018. Online abrufbar unter: <https://www.afd-hessen.de/aktuelles/2018/11/afd-landesvorstand-distanziert-sich-von-alexandra-walters-aussagen/> (Zuletzt abgerufen am: 07.08.2019).

AfD Live (2018): Demo Eisenach 1. Mai 2018. Online abrufbar unter: [https://www.youtube.com/watch?v=8zd\\_HU28E3A](https://www.youtube.com/watch?v=8zd_HU28E3A) (Zuletzt abgerufen am: 27.06.2019).

Andreasch, Robert (2014): Der „dritte Weg“ als Ausweg. Online abrufbar unter: <https://www.aida-archiv.de/2014/02/14/der-dritte-weg-als-ausweg/> (Zuletzt abgerufen am: 08.08.2019).

Anti-Nazi Koordination Bergstraße (2017): Propagandaaktion der neonazistischen Partei „Der III. Weg“ im Kreis Groß-Gerau. Online abrufbar unter: <https://ankbergstrasse.wordpress.com/2017/09/14/propagandaaktion-der-neonazistischen-partei-der-iii-weg-im-kreis-gross-gerau/> (Zuletzt abgerufen am: 08.08.2019).

Antifaschistische Aktion Südhessen (2016): Chronik. Online abrufbar unter: <http://afash.blogspot.eu/> (Zuletzt abgerufen am: 09.08.2019).

Antifaschistisches Infoblatt (AIB) (2018): Zentrum Automobil - ArbeitnehmerInnenvertretung von Rechts. Online abrufbar unter: <https://www.antifainfoblatt.de/artikel/zentrum-automobil-arbeitnehmerinnenvertretung-von-rechts> (Zuletzt abgerufen am: 27.06.2019).

Back-Up NRW - Beratungsstelle für Opfer rechts-extremer und rassistischer Gewalt (2019): Was tun

nach einem rechten Angriff? Online abrufbar unter: <https://www.backup-nrw.org/beratung/was-tun-nach-einem-rechten-angriff.html> (Zuletzt abgerufen am: 09.08.2019).

Belltower (2013): 27.08.2013... Presseschau. Online abrufbar unter: <https://www.belltower.news/presseschau/27-08-2013-presseschau/> (Zuletzt abgerufen am: 09.08.2019).

Blick nach rechts (2019): Offensive der „Rechten“ im Südwesten. Online abrufbar unter: <https://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/offensive-der-rechten-im-s-dwesten> (Zuletzt abgerufen am: 09.08.2019).

Braun, Stefan/Maegerle, Anton (2009): Rechtsanwältin der extremen Rechten. In: Braun, Stefan/ Geisler, Alexander/ Gerster, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. VS Verlag, Wiesbaden, 378-403.

Bundesamt für Verfassungsschutz (2018): Verfassungsschutzbericht 2017. Online abrufbar unter: <https://www.verfassungsschutz.de/embed/vsbericht-2017.pdf> (Zuletzt abgerufen am: 07.08.2019).

Compact (2017): Compact-Konferenz 2017: Opposition heisst Widerstand. Online abrufbar unter: <https://www.compact-online.de/compact-konferenz-2017-opposition-heisst-widerstand/> (Zuletzt abgerufen am: 27.06.2019).

Der III. Weg (2019a): Flugblattverteilung für Fulda in Südhessen. Online abrufbar unter: <https://der-dritte-weg.info/2019/02/flugblattverteilung-fuer-fulda-in-suedhessen/> (Zuletzt abgerufen am: 09.08.2019).

Der III. Weg (2019b): Online abrufbar unter: Flugblattverteilung nach Großbrazzia gegen Islamisten. <https://der-dritte-weg.info/2019/03/flugblattverteilung-nach-grossbrazzia-gegen-islamisten/> (Zuletzt abgerufen am: 09.08.2019).

Der III. Weg (2019c): Flugblattverteilung in Gustavsburg. Online abrufbar unter: <https://der-dritte-weg.info/2019/04/flugblattverteilung-in-gustavsburg/> (Zuletzt abgerufen am: 09.08.2019).

Deutscher Bundestag (2017): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Monika Lazar, Irene Mihalic, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN – Drucksache 18/10834 – Antisemitismus in Deutschland. Online abrufbar unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/11/1811152.pdf> (Zuletzt abgerufen am: 09.08.2019).

Discordapp (2019): o.T. Online abrufbar unter: <https://discordapp.com/channels/496745768950956032/502806480265805827> (Zuletzt geprüft am 09.08.2019).

Duwe, Silvio/Wandt, Lisa (2019): Grüner Garten, brauner Boden. Online aufrufbar unter: <https://www.rbb-online.de/kontraste/archiv/kontraste-vom-11-04-2019/siedler-bewegung-anastasia.html> (Zuletzt aufgerufen am: 15.08.2019)

Echo Online (2018): Nazi-Schmierereien. Online abrufbar unter: [https://www.echo-online.de/lokales/kreis-gross-gerau/raunheim/nazi-schmierereien\\_18858339](https://www.echo-online.de/lokales/kreis-gross-gerau/raunheim/nazi-schmierereien_18858339) (Zuletzt abgerufen am: 09.08.2019).

Ein Prozent (2018): Alternative Gewerkschaft. Online abrufbar unter: [https://www.einprozent.de/uploads/Zeitung\\_AlternativeGewerkschaft\\_WEB.pdf](https://www.einprozent.de/uploads/Zeitung_AlternativeGewerkschaft_WEB.pdf) (Zuletzt abgerufen am: 27.06.2019).

Erlenbach, Hans-Dieter (2017): Rechte Sektierer sind auch im Kreis Groß-Gerau aktiv / Polizei kennt mindestens elf Fälle. Online abrufbar unter: [https://www.echo-online.de/lokales/kreis-gross-gerau/kreis-gross-gerau/rechte-sektierer-sind-auch-im-kreis-gross-gerau-aktiv-polizei-kennt-mindestens-elf-falle\\_17781567](https://www.echo-online.de/lokales/kreis-gross-gerau/kreis-gross-gerau/rechte-sektierer-sind-auch-im-kreis-gross-gerau-aktiv-polizei-kennt-mindestens-elf-falle_17781567) (Zuletzt abgerufen am: 09.08.2019).

Esposito, Enrico (2005): Villa Mussolini. In: Jungle World. Online abrufbar unter: <https://jungle.world/artikel/2005/38/villa-mussolini> (Zuletzt abgerufen am: 07.08.2019).

Etzelsberger, Jens (2015): Brand in Flüchtlingsheim: Kein technischer Defekt, kein Brandbeschleuniger. Online abrufbar unter: [https://www.echo-online.de/lokales/kreis-gross-gerau/buettelborn/brand-in-fluechtlingsheim-kein-technischer-defekt-kein-brandbeschleuniger\\_16123400](https://www.echo-online.de/lokales/kreis-gross-gerau/buettelborn/brand-in-fluechtlingsheim-kein-technischer-defekt-kein-brandbeschleuniger_16123400) (Zuletzt abgerufen am: 09.08.2019).

EXIF (2018): „Combat 18“ Reunion. Online abrufbar unter: <https://exif-recherche.org/?p=4399> (Zuletzt abgerufen am: 09.08.2019).

Facebook (2018): o.T. Online abrufbar unter: [https://www.facebook.com/permalink.php?story\\_fbid=698183307208886&id=100010516682051](https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=698183307208886&id=100010516682051) (Zuletzt abgerufen am: 09.08.2019).

Facebook (2019a): o.T. Online abrufbar unter: [https://www.facebook.com/wirtschaftsdas20/posts/2493811897297596?\\_\\_tn\\_\\_=-R](https://www.facebook.com/wirtschaftsdas20/posts/2493811897297596?__tn__=-R) (Zuletzt abgerufen am: 09.08.2019).

Facebook (2019b): o.T. Online abrufbar unter: [https://www.facebook.com/wirtschaftsdas20/posts/2562181467127305?\\_\\_tn\\_\\_=-R](https://www.facebook.com/wirtschaftsdas20/posts/2562181467127305?__tn__=-R) (Zuletzt abgerufen am: 09.08.2019).

Facebook (2019c): o.T. Online abrufbar unter: [https://www.facebook.com/wirtschaftsdas20/posts/2519897441355708?\\_\\_tn\\_\\_=-R](https://www.facebook.com/wirtschaftsdas20/posts/2519897441355708?__tn__=-R) (Zuletzt abgerufen am: 09.08.2019).

Facebook (2019d): o.T. Online abrufbar unter: [https://www.facebook.com/wirtschaftsdas20/posts/2494482920563827?\\_\\_tn\\_\\_=-R](https://www.facebook.com/wirtschaftsdas20/posts/2494482920563827?__tn__=-R) (Zuletzt abgerufen am: 09.08.2019).

Facebook (2019e): o.T. Online abrufbar unter: [https://www.facebook.com/wirtschaftsdas20/posts/2485059921506127?\\_\\_tn\\_\\_=-R](https://www.facebook.com/wirtschaftsdas20/posts/2485059921506127?__tn__=-R) (Zuletzt abgerufen am: 09.08.2019).

Facebook (2019f): o.T. Online abrufbar unter: [https://www.facebook.com/wirtschaftsdas20/posts/2397881840223936?\\_\\_tn\\_\\_=-R](https://www.facebook.com/wirtschaftsdas20/posts/2397881840223936?__tn__=-R) (Zuletzt abgerufen am: 09.08.2019).

Facebook (2019g): o.T. Online abrufbar unter: <https://www.facebook.com/groups/wirtschaftsdas20/permalink/1449165751891237/> (Zuletzt abgerufen am: 09.08.2019).

Facebook (2019h): o.T. Online abrufbar unter: <https://www.facebook.com/groups/wirtschaftsdas20/permalink/1515129381961540/> (Zuletzt abgerufen am: 09.08.2019).

Facebook (2019i): o.T. Online abrufbar unter: <https://www.facebook.com/groups/wirtschaftsdas20/permalink/1492463050894840/> (Zuletzt abgerufen am: 09.08.2019).

Facebook (2019j): o.T. Online abrufbar unter: <https://www.facebook.com/groups/wirtschaftsdas20/permalink/1492463050894840/> (Zuletzt abgerufen am: 09.08.2019).

Facebook (2019k): o.T. Online abrufbar unter: <https://www.facebook.com/groups/wirtschaftsdas20/permalink/1492463050894840/> (Zuletzt abgerufen am: 09.08.2019).

Facebook (2019k): o.T. Online abrufbar unter: [https://www.facebook.com/groups/204386646285469/permalink/2366154600108652/?comment\\_id=2366499000074212](https://www.facebook.com/groups/204386646285469/permalink/2366154600108652/?comment_id=2366499000074212) (Zuletzt abgerufen am: 09.08.2019).

Facebook (2019l): o.T. Online abrufbar unter: <https://www.facebook.com/profile.php?id=100010516682051&sk=likes> (Zuletzt abgerufen am: 09.08.2019).

Facebook (2019m): o.T. Online abrufbar unter: <https://www.facebook.com/horst.zickler?sk=likes&lst=100025467489506%3A100010520975077%3A1564055058> (Zuletzt abgerufen am: 09.08.2019).

Facebook (2019n): o.T. Online abrufbar unter: <https://www.facebook.com/horst.zickler/posts/892573244436700> (Zuletzt abgerufen am: 09.08.2019).

Frankfurter Rundschau (2018): Hitlergruß und Naziparolen in Darmstädter Innenstadt. Online abrufbar unter: <https://www.fr.de/rhein-main/darmstadt/hitlergruss-naziparolen-darmstaedter-innenstadt-10965169.html#Echobox=1531841125> (Zuletzt abgerufen am: 09.08.2019).

Herrmann, Regine (2016): Mann aus Ginsheim-Gustavsburg wegen Volksverhetzung verurteilt. Online abrufbar unter: [https://www.echo-online.de/lokales/kreis-gross-gerau/gross-gerau/mann-aus-ginsheim-gustavsburg-wegen-volksverhetzung-verurteilt\\_16630911](https://www.echo-online.de/lokales/kreis-gross-gerau/gross-gerau/mann-aus-ginsheim-gustavsburg-wegen-volksverhetzung-verurteilt_16630911) (Zuletzt abgerufen am: 09.08.2019).

Hessenschau (2018): Opel-Betriebsrat zeigt sich bei rechter Gewerkschaft. Online abrufbar unter: <https://web.archive.org/web/20181105223511/https://www.hessenschau.de/wirtschaft/opel-betriebsrat-zeigt-sich-bei-rechter-gewerkschaft,opel-betriebsratswahlen-100.html> (Zuletzt abgerufen am 27.06.2019)

Hoffmann, Matthias (2017): Neonazis verteilen Flyer und Aufkleber mit rechtem Gedankengut. Online abrufbar unter: <https://www.fnp.de/lokales/kreis-gross-gerau/ruesselsheim-ort29367/neonazis-verteilen-flyer-aufkleber-rechtem-gedankengut-10455981.html> (Zuletzt abgerufen am: 09.08.2019).

Jellonek, Fabian (2018): Neu-Abgeordnete mit rechter Schlagseite. Online abrufbar unter:

<https://www.bnr.de/artikel/hintergrund/afd-neu-abgeordnete-mit-rechter-schlagseite> (Zuletzt abgerufen am: 07.08.2019).

Jellonek, Fabian (2019): AfD: Pleite im Nieselregen. Online abrufbar unter: <https://www.bnr.de/artikel/hintergrund/afd-pleite-im-nieselregen> (Zuletzt abgerufen am: 27.06.2019).

Joachim, Jens (2016): Neurechter AfD-Vertreter im Kreisausschuss. Online abrufbar unter: <https://www.fr.de/rhein-main/wetterau/fdp-org26312/neurechter-afd-vertreter-kreisausschuss-11099289.html> (Zuletzt abgerufen am: 09.08.2019).

Joachim, Jens (2018): KZ-Gedenkstätte geschändet. Online abrufbar unter: <https://www.fr.de/rhein-main/blaulicht-sti879542/kz-gedenkstaette-geschaendet-11011078.html> (Zuletzt abgerufen am: 09.08.2019).

Kreistag Groß-Gerau (2019): Protokoll 18. Sitzung des Kreistages.

Knothe, Felix (2019): Pflanzen Angreifer von Halle Terroranschläge? Online abrufbar unter: [https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2019/02/08/pflanzen-angreifer-von-halle-terroranschlaege\\_28051](https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2019/02/08/pflanzen-angreifer-von-halle-terroranschlaege_28051) (Zuletzt abgerufen am: 09.08.2019).

Küpper, Beate/Krause, Daniela/Zick, Andreas (2019): Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2002-2018/19. In: Zick, Andreas /Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm: Verlorene Mitte, Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Dietz, Bonn, S.117-142.

Landesamt für Verfassungsschutz Hessen (2018): Verfassungsschutzbericht 2017. Online abrufbar unter: <https://lfv.hessen.de/sites/lfv.hessen.de/files/Bericht2017/Rechtsextremismus.html#c1> (Zuletzt abgerufen am: 08.08.2019).

Lau, Mariam (2018): Im Feindesland. Online abrufbar unter: <https://www.zeit.de/2018/22/peter-boehringer-afd-rechtspopulismus> (Zuletzt abgerufen am: 08.08.2019).

Majic, Danijel (2017): Hauskauf für die Identitären. Online abrufbar unter: <https://www.fr.de/rhein-main/npd-org27521/hauskauf-identitaeren-11023967.html> (Zuletzt abgerufen am: 09.08.2019).

Pfahl-Traughber, Armin (2019): Was die „Neue Rechte“ ist – und was nicht. Online abrufbar unter: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/284268/was-die-neue-rechte-ist-und-was-nicht> (Zuletzt abgerufen am: 09.08.2019).

Podjavorsek, Peter (2017): Der Bio-Nazi von nebenan. Online abrufbar unter: [https://www.deutschlandfunkkultur.de/voelkische-siedler-im-laendlichen-raum-der-bio-nazi-von.976.de.html?dram:article\\_id=379541](https://www.deutschlandfunkkultur.de/voelkische-siedler-im-laendlichen-raum-der-bio-nazi-von.976.de.html?dram:article_id=379541) (Zuletzt abgerufen am: 09.08.2019).

Polizeipräsidium Südhessen (2013): POL-DA: Groß-Gerau: Polizei nimmt neun Personen nach unerlaubter Plakataktion vorläufig fest/ Ermittlungen dauern an. Online abrufbar unter: <https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/4969/2629786> (Zuletzt abgerufen am: 09.08.2019).

Polizeipräsidium Südhessen (2014): POL-DA: Kelsterbach: Polizei nimmt pöbelnden Bahnreisenden fest. Online abrufbar unter: <https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/4969/2778308> (Zuletzt abgerufen am: 09.08.2019).

Polizeipräsidium Südhessen (2018a): POL-DA: Mörfelden-Walldorf: Infotafel an „Margit-Horvath-Zentrum“ durch Feuer zerstört/Polizei sucht Zeugen. Online abrufbar unter: <https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/4969/3966860> (Zuletzt abgerufen am: 09.08.2019).

Polizeipräsidium Südhessen (2018b): POL-DA: Groß-Gerau: Farbschmierereien an Schulhofhütte/Kriminalpolizei ermittelt. Online abrufbar unter: <https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/4969/3981916> (Zuletzt abgerufen am: 09.08.2019).

Polizeipräsidium Südhessen (2018c): POL-DA: Groß-Gerau: Naziparolen & Hitlergruß Polizei nimmt vier Männer vorläufig fest. Online abrufbar unter: <https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/4969/4062804> (Zuletzt abgerufen am: 09.08.2019).

Renner, Julia (2019): Geplantes Forum rechter Esoteriker am Edersee gestoppt. Online abrufbar unter: <https://www.hna.de/lokales/korbach-waldeck/voehl-ort101438/rechte-esoteriker-anastasia-bewegung-darf-nicht-edersee-tagen-12357901.html> (Zuletzt abgerufen am: 09.08.2019).

Seydack, Niclas (2017): Was du über das Antikapitalistische Kollektiv wissen solltest. Online abrufbar unter: <https://www.vice.com/de/article/3kandk/was-du-uber-das-antikapitalistische-kollektiv-wissen-solltest> (Zuletzt geprüft am 13.08.2019)

Speit, Andreas (2017): Reichsbürger. Die unterschätzte Gefahr. Ch. Links Verlag, Berlin. Strauch, Jan W. (2018): Kein Durchbruch. Online abrufbar unter: <https://www.der-rechte-rand.de/archive/3285/zentrum-automobil-afd/> (Zuletzt abgerufen am: 27.06.2019).

Voigts, Hanning (2018): Bunte Demo gegen „Demo für alle“. Online abrufbar unter: <https://www.fr.de/frankfurt/spd-org26325/bunte-demo-gegen-demo-alle-11008554.html> (Zuletzt abgerufen am: 09.08.2019).

Voigt, Hanning/ Erb, Nadja (2015): Der dritte Weg führt nach rechts. In: Frankfurter Rundschau. Online abrufbar unter: <https://www.fr.de/politik/dritte-fuehrt-nach-rechts-11146445.html> (Zuletzt abgerufen am: 07.08.2019).

Wißmann, Alex (2015): Brandgefährlich, Die Partei „Der III. Weg“ in RLP, NRW und Hessen. In: Lotta. Online abrufbar unter: <http://www.lotta-magazin.de/ausgabe/60/brandgef-hrlich> (Zuletzt abgerufen am: 07.08.2019).

Witzgall, Thomas (2018): Verbot der Neonazi-Partei III.Weg vorerst vom Tisch. In: Endstation Rechts Bayern. Online abrufbar unter: <https://www.endstation-rechts-bayern.de/2018/11/verbot-der-neonazi-partei-iii-weg-vorerst-vom-tisch/> (Zuletzt abgerufen am: 07.08.2019).

YouTube (2015): Winterakademie 2015 - Institut für Staatspolitik. Online abrufbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=OmfX1zooVkk> (Zuletzt abgerufen am: 09.08.2019).

YouTube (2019): Die seltsame Rechte: Gelbwesten & Co - Teil 1 - Inhalte und Verortung. Online abrufbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=j7eUjBLieEY> (Zuletzt abgerufen am: 09.08.2019).



**Sprache ist in den sozialen Medien aggressiver und hemmungsloser geworden. Die Schnellebigkeit verleitet zu gewaltbereiten und pauschalen Bewertungen, was dazu führt, dass die Würde des Menschen verletzt wird. Die vorliegende Dokumentation soll zeigen, wie Hass und Hetze im Netz ausgelöst werden und mit welchen Strategien rechtsextreme und rassistische Zusammenschlüsse, aber auch scheinbar demokratische Institutionen, zur Erreichung ihrer Ziele und Interessen, Post oder Nachrichten manipulieren. Die Dokumentation soll dazu ermutigen, sowohl offline als auch online in sozialen Medien genauer hinzuschauen. Die Sensibilität zum Durchschauen und Erkennen von Hass- und Hetznachrichten führt dazu, dass die Menschen sich dagegen positionieren und handeln können.**

**Vorgestellt werden Erscheinungsformen wie Hasskommentare, manipulierende Nachrichtenseiten und Social-Media-Gruppen, in denen über gesellschaftliche Minderheiten gehetzt wird. Außerdem beleuchtet die Dokumentation Akteur\*innen, die am gesellschaftlichen Rechtsruck beteiligt sind. Neben einer Analyse enthält die Broschüre auch umfangreiche Praxistipps.**